

Wortprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

32. Sitzung
6. November 2013

Beginn: 11.06 Uhr
Schluss: 14.46 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0700
Ein Energiepakt für Berlin | 0074
StadtUm(f)
Haupt
WiFoTech* |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0954
„Berliner Klimabündnis“ wirksam werden lassen | 0111
StadtUm(f)
WiFoTech |

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

- | | | |
|----|---|---|
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1029
Berlin muss die Nutzung von Windenergie ermöglichen | 0115
StadtUm
Haupt |
| d) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1030
Mehr Solaranlagen auf Berliner Dächern ermöglichen | 0116
StadtUm
Haupt |
| e) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1190
Aufgaben und Struktur der Stadtwerke Berlin | 0134
StadtUm(f)
Haupt
WiFoTech |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung (vorgezogen)

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0329
Planungsmoratorium für den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf dem Tempelhofer Feld | 0041
StadtUm(f)
Kult* |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0762
Bürgerbeteiligung ernst nehmen: Planung aussetzen auf dem Tempelhofer Feld! | 0089
StadtUm |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0826
Bebauungsplanung für Tempelhofer Feld zurückstellen – Bürgerdialog für Zukunftsideen führen, Mediation einleiten | 0090
StadtUm |
| d) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des Tempelhofer Feldes
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0101
StadtUm |

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0123](#)
Zwischen- und Pioniernutzungen auf dem
Tempelhofer Feld als Treiber einer prozessualen und
partizipativen Stadtentwicklung annehmen oder
doch nur lästig für längst festgezurrte Planungen?
1) (auf Antrag der Fraktion Die Linke) StadtUm
- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0124](#)
Übersicht über die konkreten Planungsvorhaben –
Rote Nummer 0731 A
Hier: Vier B-Pläne „Tempelhofer Freiheit“
Aufstellungsbeschlüsse in Vorbereitung
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) StadtUm
- g) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0137](#)
Drucksache 17/1256 StadtUm
Regenwassermanagement braucht kein
Betonbecken, die Tempelhofer Freiheit keinen Wall

Zu diesem Tagesordnungspunkt einige eingehende Bemerkungen: Erstens, der RBB hat darum gebeten, dass er hier Filmaufnahmen machen kann. Ich habe dieses im Namen des Ausschusses gestattet. – Ich begrüße Herrn Steindorf von der Tempelhof Projekt GmbH, vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg Herrn Krüger, der in Vertretung der erkrankten Frau Klotz da ist, Herrn Heuser vom BUND und Frau Bongartz von der Bürgerinitiative. – Recht herzlich willkommen in diesem Ausschuss!

Ich weise darauf hin, dass bei Anhörungen Wortprotokolle allgemein üblich sind und wir deshalb entsprechend so verfahren. Ich weise ferner vorsorglich darauf hin, dass wir über die Anträge, wie es bei uns Sitte ist, nicht heute abstimmen, sondern erst nach entsprechender Auswertung dieser Anhörung. – Ich würde mich freuen, wenn Sie uns mit einem kurzen Beitrag über Ihre Position informieren. Wir werden Ihnen dann in einer zweiten Runde Gelegenheit geben, auf Fragen der Abgeordneten zu replizieren.

Aber zunächst kommen wir zur Begründung der Anträge. Da haben wir erst einmal die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Möchten Sie anfangen, Frau Kapek? – Sie haben das Wort!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir haben heute zwei Anträge vorliegen, die wir fast zu Beginn der Legislatur eingebracht haben. Insofern freut es uns, dass wir uns mit fast zweijähriger Verspätung endlich mit diesen Themen auseinandersetzen. Als wir diese Anträge gestellt haben, war das Thema Neubau einer ZLB noch mehr in der Diskussion als es das heute ist. In der Zwischenzeit, im Sommer dieses Jahres, hat der Senat den ersten Realisierungswettbewerb für den Neubau einer ZLB in Auftrag gegeben. Nichtsdestotrotz ist es aus unserer Sicht noch nicht zu spät, diese Planungen zu überdenken und vor allem aus der Haushaltsratio heraus zu überlegen: Es ist doch sinnvoller, den investierten Euro gleich zweifachen Nutzen angedeihen zu lassen, nämlich den Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek in einem Bestandsgebäude zu integrieren. Damit wäre das Geld nicht nur für eine Bibliothek, sondern gleichzeitig für die Sanierung eines Gebäudes ausgegeben. Wir haben als Gebäude bislang das ehemalige Tempelhofer Flughafengebäude oder auch die Amerika-Gedenkbibliothek mit

einem Erweiterungsbau ins Auge gefasst. Vonseiten der CDU kam immer wieder der Vorschlag, doch auch über das ICC zu diskutieren. Ich kann mit allen Vorschlägen leben. Ich glaube, entscheidend ist, dass wir hier sehen, wir haben in Berlin genug Gebäude, die nutzbar wären, um die vorhandenen Standorte für eine Zentral- und Landesbibliothek zusammenzuführen. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum wir hier dringend einen Neubau brauchen. Alle von der Fachverwaltung angeführten Argumente kommen nur zu dem Schluss, dass wir einen Neubau brauchen, weil sie ihre untersuchten Punkte so gewichten, dass nur ein Neubau dabei herauskommen kann. Ich stelle aber infrage, ob wir wirklich eine Vergrößerung der Fläche für die Bibliothek um zwei Drittel brauchen, ob wir tatsächlich in Berlin so viele neue Computerarbeitsplätze, Bibliotheksarbeitsplätze brauchen, nachdem wir gerade die HU in diesem Sinne umgebaut haben und diese Plätze noch überhaupt nicht ausgelastet sind usw.

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum man dieses Neubauprojekt in Zweifel ziehen kann und muss, denn 270 Millionen Euro sind nicht nur eine Stange Geld in einer sowieso angespannten Haushaltssituation, sondern 270 Millionen Euro sind auch noch eine Summe, von der nicht einmal klar ist, ob wir sie in dieser Höhe halten können oder ob sich nicht auch hier die Baukosten verdoppeln oder verdreifachen würden. Ich wäre sehr viel glücklicher damit, wenn wir sagen würden, wir nehmen dieses Geld – vielleicht kann sich Herr Steindorf gleich noch mal dazu äußern – und nutzen es gleichzeitig für die Sanierung des Flughafengebäudes oder, wie bereits erwähnt, von mir aus auch für die Sanierung des ICC.

Was aber dieser Tage die entscheidende Frage und auch die Diskussion um das Tempelhofer Feld ist: Wir haben ein Volksbegehren. Wir sind gerade in Zeiten von Volksbegehren, die auch relativ viel Zuspruch erfahren, was ich gut finde, was ein Zeichen der Stärkung von demokratischer Beteiligung in unserer Stadt, in unserem Land ist. Deshalb finde ich es richtig, dass Herr Senator Müller jetzt auf verschiedenen Veranstaltungen betont hat, er wolle keine Fakten schaffen, solange dieses Volksbegehren läuft. Ich verstehe nicht, wie das Versprechen, keine Fakten schaffen zu wollen, in Einklang zu bringen ist, wenn man gleichzeitig ankündigt, dass man bereits in einer Woche mit dem Bau eines Regenwasserrückhaltebeckens beginnen will. Ich verstehe nicht, wie das in Einklang zu bringen ist mit Aufstellungsbeschlüssen für zwei Bebauungspläne und entsprechendem Vorantreiben der Bauleitplanung. Ich verstehe nicht, wie das in Einklang zu bringen ist mit dem Ausschreiben von Realisierungswettbewerben für den Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek. Ich habe nicht nur den Eindruck, sondern ich bin leider davon überzeugt, dass hier tatsächlich versucht wird, Fakten zu schaffen, damit man vor Ende der Legislatur noch etwas vorweisen kann. Ich weiß nicht, ob das der richtige Ansatz ist, mit einer solchen besonderen Fläche, um die Berlin nicht nur europaweit, sondern wahrscheinlich sogar weltweit beneidet wird, umzugehen. Ich glaube, das Gebot der Stunde wäre, eine ordentliche Diskussion nicht nur über Teilaspekte des Tempelhofer Feldes zu führen, das heißt, nicht nur wie in dem von Ihnen eingerichteten Nutzerbeirat über eine Parkfläche, sondern über die Gesamtplanung. Es wäre sinnvoll, dass wir auch in diesem Haus über die Gesamtplanung diskutieren und vor allem, dass wir endlich zu alledem mal eine Kosten- und Finanzierungsrechnung vorgelegt bekommen.

Solange diese Punkte nicht in Einklang miteinander gebracht sind, sehe ich jeglicher Planung, die vorangetrieben wird, sehr skeptisch entgegen und bin der Meinung, es sollte dafür mindestens ein Moratorium geben bzw., wir haben Sie schon vor zwei Wochen im Plenum aufgefordert, die Baugenehmigung für das Regenwasserrückhaltebecken zurückzunehmen. Wir haben Sie mit den vorliegenden Anträgen aufgefordert, keine Bauleitplanung voranzutreiben,

solange keine ordentliche Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde, inklusive der Initiative „100 % Tempelhofer Feld“. Wir sind auch der Meinung, dass die Prüfung von Alternativstandorten für die ZLB nicht abgeschlossen ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Lompscher!

Katrin Lompscher (LINKE): Lassen Sie mich zu unserem eigenen Antrag anschließen: Auch wir sind der Auffassung, dass man die Bebauungsplanung zurückstellen, ein Moratorium machen und tatsächlich eine gemeinsame Verabredung über einen partizipativen Planungs- und Entwicklungsprozess treffen soll. Wir haben seinerzeit in unserem Antrag, der inzwischen auch schon ein Weilchen alt ist, nämlich vom Februar 2013, gefordert, dass die Beschlussfassung über die Aufstellung der Bebauungspläne zurückgestellt wird. Nun hat der Senat im August beschlossen, diese B-Pläne aufzustellen, und nun ist die erste Phase der formellen Bürgerbeteiligung abgeschlossen. Was ich in dem Zusammenhang interessant finde: In den Begleitinformationen zu diesen B-Plänen wird mitgeteilt, dass es ein Parallelverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms geben soll. Das wäre dann wenigstens im Rahmen der formellen Beteiligungsmöglichkeiten eine ganz kleine Chance, die Dinge im Zusammenhang mit einer Gesamtentwicklung zu diskutieren. Von diesem Parallelverfahren ist nichts zu erkennen. Dieses Änderungsverfahren des FNP findet nicht statt. Wir haben gerade von Ihnen die neuen Informationen über Änderungen des FNP übersandt bekommen, mit Datum 28. Oktober 2013. Da ist dieses Änderungsverfahren nicht dabei. Das wäre für mich das Mindestmaß an planungsrechtlicher Redlichkeit, die notwendigen Änderungen des FNP parallel zu machen, und das ist ein Punkt, den der Senat hier aufklären muss, wieso das nicht stattfindet. Dass ich es ungeachtet dessen für keinen freundlichen Akt des Senats halte, die verbindliche Bauleitplanung voranzutreiben, solange die zweite Phase des Volksbegehrens noch läuft, das haben wir häufig deutlich gesagt, und das kann ich hier nur wiederholen.

Nun gibt es mittlerweile auch eine gerichtliche Überprüfung, ob denn das Vorgehen des Senats einschließlich erteilter Genehmigungen allen rechtlichen Anforderungen genügt. Wir haben da auch unsere Zweifel, werden das aber natürlich der gerichtlichen Prüfung überlassen. Wir finden es in der Sache schwierig, ein Regenwasserbecken zu bauen, von dem behauptet wird, man braucht es dafür, dass man ökologischer mit dem Regenwasser umgeht und das alte Becken außer Betrieb nehmen kann, faktisch aber das alte Becken weiter betrieben wird. Das ist unter ökologischem Nutzen zweifelhaft. Die Wallanlage, die in dem Zusammenhang aufgeschüttet wird, wird als denkmalrechtlich unbedenklich eingestuft, obwohl sie erhebliche Beeinträchtigungen der Sicht auf das Denkmal enthält und wir ein Problem haben, dass der Wiesencharakter dieser großen Freifläche dadurch natürlich erheblich verändert wird. Das sind alles Punkte, die müssen wir hier besprechen, und ich finde es ein bisschen erstaunlich, dass hier immer wieder auf einen Nutzerdialog und auf eine Internetbefragung von 2009, 2010 verwiesen wird, warum man dieses Becken so unglaublich braucht, und zu der konkreten Planung gibt es diesen Bürgerdialog und dieses Feedback nicht. Das heißt, es wird ein Zusammenhang zu Äußerungen von Bürgern hergestellt, der de facto nicht besteht.

Ich will auf drei Probleme hinweisen, die in der Debatte immer so ein bisschen unterbewertet sind. Erstens: Welche Perspektiven haben eigentlich die angrenzenden Kleingärten? Da drücken immer alle mächtig drum herum. Wir haben letztes in der Haushaltsberatung festgestellt, dass allein für die Rampen der Brücke auf jetzigen Kleingartenflächen erheblicher

Flächenbedarf besteht. Ich finde, da muss die Koalition mal klare Worte sprechen, ob sie nun der Meinung ist: Kleingärten soll man erhalten, oder Kleingärten soll man zu Auffahrtrampen für Brücken machen, die man eigentlich nicht braucht, wenn man dort z. B. keinen ZOB einrichtet, den Sie dort eigentlich auch nicht wollen. Es ist eine schwierige Geschichte.

Zweiter Punkt: Perspektive Gedenken. – Es ist inzwischen völlig klar und durch die archäologischen Untersuchungen auch belegt, wo die Standorte der großen Zwangsarbeiterlager waren und welche baulichen physischen Reste davon noch existieren. Ich finde, es ist eine absolute Notwendigkeit, diese Erkenntnisse mit eigenen Planungen in Einklang zu bringen. Das kann ich bisher nicht erkennen. Ich kann bisher nicht erkennen, wie diese denkmalwerten Reste, erstens in ein Gesamtkonzept einfließen und zweitens durch die jetzt laufende Planung nicht beeinträchtigt werden.

Dritter Punkt: Den finden wir nun wiederum interessant und wichtig. Wir haben gestern etwas über die Schwierigkeiten der S-Bahn gehört. Ich will in dem Zusammenhang nach dem Stand der Planung des S-Bahnhofs Oberlandstraße fragen. Ist das zeitlich im Einklang? Wird es vorfristig sein? Wie soll man von dem S-Bahnhof künftig zu Fuß oder mit dem Fahrrad aufs Feld kommen? Das sind alles interessante Fragen. Ich freue mich, dass diese Anhörung heute stattfindet. Ich freue mich auch, dass die Absage kurzfristig wieder zurückgenommen worden ist, sodass wir heute eine vernünftige Anhörung zum Thema haben. Ich will jetzt nicht länger reden, sondern freue mich auf das, was die Anzuhörenden mitzuteilen haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Frau Lompscher! – Zuvor hat der Senat um das Wort gebeten. – Herr Müller, bitte!

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm): Auf zwei, drei Sachen möchte ich doch eingehen. Frau Kapek, was die Diskussion um die Bibliothek anbelangt, da ist es hier nur bedingt der richtige Ausschuss, um darüber zu sprechen, weil natürlich auch die Nutzer, die Kulturverwaltung, die ZLB erklären müssen, welche Inhalte sie mit einem Neubau verbinden und warum ihnen der Neubau wichtig ist. Das können wir als Stadtentwicklungsverwaltung so gar nicht im Detail beantworten. Ich kann nur sagen, dass ich mich natürlich auch europaweit ein bisschen umgesehen habe, und dass die Bibliotheken, die im Moment in den Städten der Welt entstehen, keine Alte-Bücher-Ausleihen sind, sondern es sind Kommunikations- und Medientreffpunkte. Berlin muss sich schon damit auseinandersetzen, wie wir ein zeitgemäßes Medienangebot auch aus Sicht der Kulturverwaltung und des Nutzers der ZLB für die Zukunft organisieren und was wir vielleicht auch für die nächsten Generationen als Ort anbieten wollen, an dem man zusammenkommen kann. Wenn man sich das z. B. in Amsterdam anguckt, wo in der Mitte der Stadt so ein Treffpunkt geschaffen wurde, das ist schon aus stadtentwicklungspolitischer Sicht durchaus bedenkenswert, ob nicht doch ein Neubau Sinn machen kann. Aber wie gesagt, um das Inhaltliche müssen sich auch andere Verwaltungen kümmern.

Einen Hinweis noch, den ich kenne, zumindest aus den Bestandsplanungen: Alles, was ich da gesehen habe, den Flughafenbestand, das Gebäude in die Nutzung für eine Bibliothek mit einzubeziehen, dreht sich im Wesentlichen auch um die Haupthalle. Die war in allen Dingen, die ich zumindest kenne – sage ich vorsichtig –, einbezogen. Wenn man das macht, die Haupthalle zum Lesesaal zu machen, sind viele weitere Nutzungen in dem Gebäude damit gestorben. Auch das muss man bedenken. Diesen Zugang und diese Halle zu haben für Event, Messe, Kongressgeschäft, für anderes Vermietungsgeschäft, das sich noch im Gebäude ent-

wickeln soll, ist nicht ganz unwichtig. Auch das muss man bedenken, wenn man sagt: Die Bibliothek soll doch in den Gebäudebestand gehen, und dann gucken wir mal, was passiert. Das ist vielleicht auch zu kurz gesprungen.

Ich finde die Überschriften Ihrer Anträge verräterisch. Planungsmoratorium, Planung aussetzen, Planung zurückstellen. Das bedeutet, dass Verwaltung und Politik nicht weiter daran arbeiten können, was kommen kann. Wir sollen nicht mal planen, nicht mal unsere Konzepte darstellen und weiterverfolgen. Ich finde, das geht nicht. Ich habe das in den öffentlichen Sitzungen auch vor Ort, auf dem Flugfeld, deutlich gemacht. Sie waren dabei, Frau Kapek. Zwischen 300 und 500 Leute sind da zusammengekommen, und ich habe das offen angesprochen und gesagt: Es ist völlig richtig und völlig legitim, auch andere Ziele zu verfolgen. Dass man Unterschriften sammelt und sagt: Wir wollen gar keine Entwicklung, oder wir wollen eine andere, wir haben andere Vorstellungen, darüber setzen wir uns in den Foren, den Werkstattgesprächen und in vielen anderen Fachveranstaltungen auseinander. Mindestens seit März, aus eigenem Erleben kann ich es darstellen, gibt es ständig große öffentliche Veranstaltungen mit Diskussion und Auseinandersetzung um die Planungen. Es ist in Ordnung, dass es auch Widerspruch gibt, aber es muss doch für Politik und Verwaltung wenigstens erlaubt sein, auch mal eigene Vorstellungen zu präsentieren. Wie wäre der Umkehrschluss? – In dem Moment, in dem wir das machen, was Sie sagen, alles zurückstellen, wir planen nicht weiter, sagen nicht, was wir wollen usw., sind Sie die Ersten, die sagen: Na, was ist denn nun? Was will denn der Senator? Worüber sollen sich die Bürger denn auseinandersetzen? Nun sagen Sie doch mal, was Sie wollen, damit wir darüber diskutieren können. – Das wäre Ihre erste Forderung. Ich glaube, das geht so nicht. Ich habe gesagt, es werden während dieser Zeit der Unterschriftensammlung und des Volksbegehrens baulich keine Fakten geschaffen und keine Bagger werden rollen, aber es ist richtig und wichtig, mit den Überlegungen, den Konzepten und den Planungen voranzukommen, um im Übrigen auch – Frau Kapek, Sie haben es völlig richtig erkannt – in dieser Legislaturperiode zu Ergebnissen kommen zu können, weil ich finde, dass das wichtig ist. Es gibt Menschen in unserer Stadt, die erwarten neuen Wohnraum. Es gibt Menschen in unserer Stadt, die erwarten auch weitere soziale Infrastruktur: Sportangebote, Schulen, Kitas, alles das ist damit verbunden. Ich will in dieser Legislaturperiode dazu auch Ergebnisse haben. Das ist richtig. Das ist meine Vorstellung, und die präsentiere ich auch. Darüber kann man sich auseinandersetzen, aber ich glaube, mindestens das muss erlaubt sein.

Letzter Punkt: Wasserbecken. – Dazu haben wir auch in Parlamentssitzungen und Ausschusssitzungen hinreichend deutlich gemacht: Es gibt mehrere Gründe, die für dieses Wasserbecken sprechen. Es hat auch schon diverse Diffamierungen gegeben wie Designerbecken und Regattastrecke und was weiß ich nicht alles. Es gibt ökonomische, ökologische Gründe, warum wir das wollen, das werden wir im Detail noch diskutieren, aber es gibt auch den Bürgerwunsch nach Wasserflächen. Das finde ich immer ganz erstaunlich, dass Sie an allen Stellen sagen, es soll die Bürgerdiskussion geben, die Wünsche sollen doch bitte einbezogen werden, und an der Stelle, wo es Ihnen nicht gefällt, ist Ihnen der Bürgerwunsch völlig egal. Man muss doch auch mal zur Kenntnis nehmen, dass seit 2007 oder 2008, ich weiß es nicht mehr, Frau Junge-Reyer diverse Beteiligungsformate angeboten hat. Sie hat gefragt: Was wollt ihr eigentlich, wenn der Flugbetrieb eingestellt wird? Bis heute machen wir das. Bis heute fragen wir immer wieder ab, und es kommen viele Wünsche: Sportangebote, Aufenthaltsqualität, Toiletten. Alles das gehört für die Berlinerinnen und Berlin, die diese freie Fläche genießen wollen, dazu, und es kommt immer ganz oben die Wasserfläche in den unterschiedlichsten

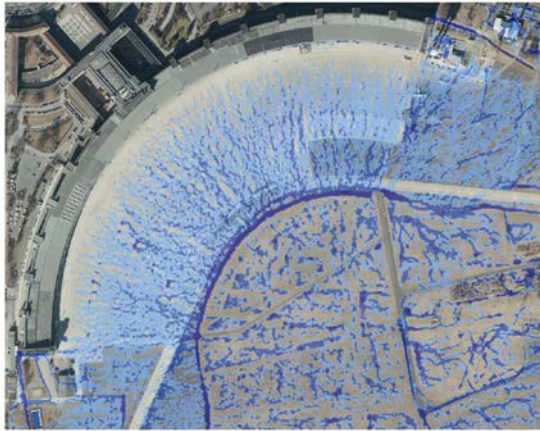
Ausprägungen. Die einen wollen sich nur ans Wasser setzen und die Füße reinhalten, die anderen wollen einen Badensee usw., aber es ist immer irgendwie eine Wasserfläche dabei. Und wenn man das verbinden kann, einen ökonomischen, einen ökologischen Anspruch mit dem Bürgerwillen, was ist dann eigentlich falsch daran? Deswegen war mir das eingangs so wichtig für die Diskussion. Ich finde das im Moment, wie Sie Ihre Zielrichtung hier formulieren, mit „keine Planung vorantreiben“ und „Bürgerwillen ernst nehmen“, aber in dem Moment, in dem wir es machen, ist es natürlich der falsche Punkt, erstaunlich, und das ist auch so kein gangbarer Weg für uns. – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke, Herr Senator! – Herr Schmidt, bitte!

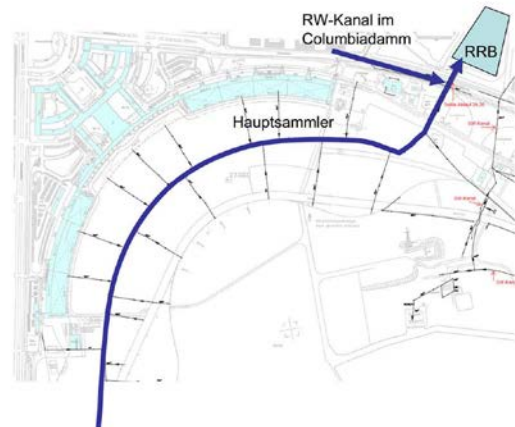
Christoph Schmidt (Grün Berlin GmbH): Die folgende Präsentation wurde auch in der Pressekonferenz zum Regenwassermanagement in Tempelhof gezeigt, insofern beziehe ich mich gerne darauf und möchte Ihnen erläutern, wie der Stand der Dinge zur Planung dieses Regenwassermanagements aussieht.



Sie kennen alle den Entwurf von Gross.Max, ein Wettbewerbsbeitrag, der unter anderem mit reger und deutlicher Beteiligung der Bürger entstanden ist. Auch die Aufgabenstellung als solche wurde mit den Bürgern verabschiedet. Auch hier war es zu 70 bis 80 Prozent der Wunsch: Wir wollen Wasser, und nicht nur im Sinne von 2 bis 3 Quadratmetern, sondern im Sinne eines großen Badesees. So war es ursprünglich formuliert. Gross.Max schaffte es, dieses zu integrieren. Und wo wird diese Wasserstelle geschaffen? – Genau dort, wo es Sinn macht. Sie können an der links oben befindlichen Darstellung die Fließrichtung des Regenwassers erkennen, das sowohl auf den Dachflächen als auch auf den Vorfeldflächen anfällt.



Niederschlags-Abflusswege



Bestandssituation Entwässerung Dach (luftseitig) und Vorfeld

Bestandssituation Entwässerung Dachflächen /Vorfeld

- Niederschläge vom Dach werden über Fallrohre / Leitungen in Sammler unter dem Vorfeld geleitet
- Niederschläge vom Vorfeld laufen zum Vorfeldrand, (Gefälle), werden in Rinnen gesammelt und in den Hauptsammler geleitet
- Gesammelte Niederschläge werden über das Regenrückhaltebecken in den Landwehrkanal abgeleitet

Natürlich soll ein solches Wasser nicht weit weg transportiert werden. Derzeit ist es so, dass dieses Wasser durch einen Regenwassersammler in Richtung des Regenwasserrückhaltebeckens abtransportiert und dann in den Landwehrkanal bzw. in die Regenwasserkanalisation eingespeist wird.



Hauptsammler unter dem Vorfeld



Mündung Regenrückhaltebecken

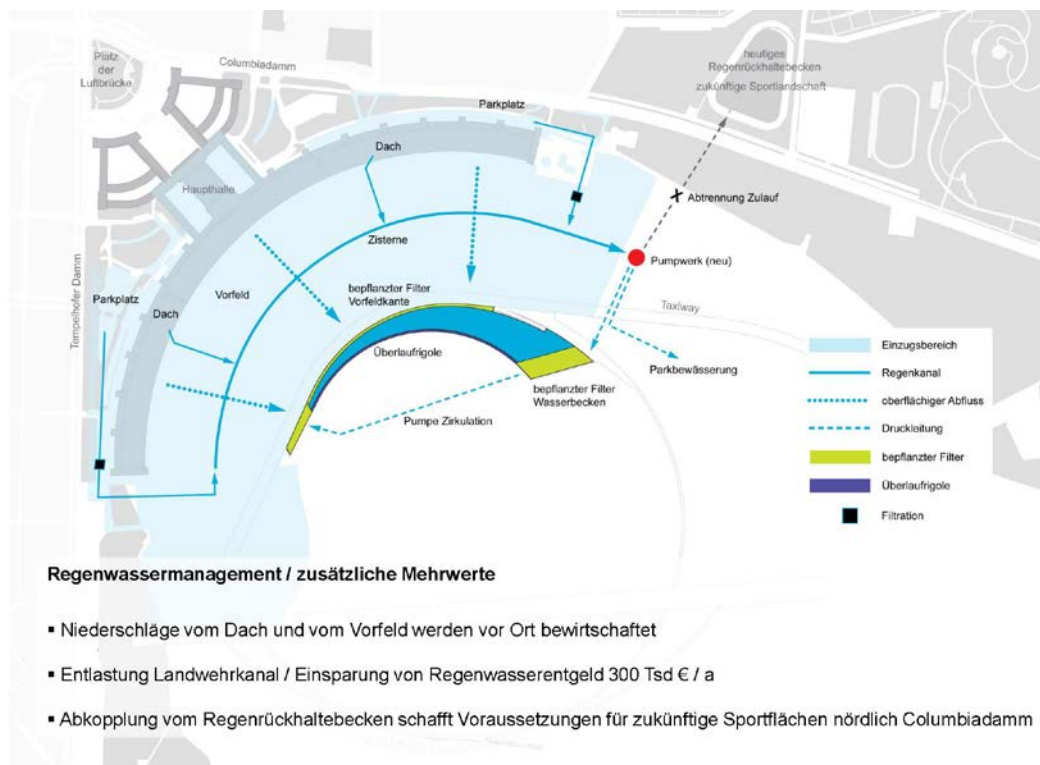
Sammelkanal / Zisterne

- Der Hauptsammler unter dem Vorfeld wird vom Regenrückhaltebecken abgekoppelt, die Mündung wird verschlossen
- Zur Zisterne umgebaut hat der Sammelkanal enorme Speicherkapazitäten

Das Diagramm zeigt ein Regenwasserbewirtschaftungssystem mit folgenden Komponenten und Flusswegen:

- Einzugsgebiet:** Das gesamte Gebiet, das Regenwasser sammelt, ist durch eine orangefarbene Linie markiert.
- Regenkanal:** Ein blauer Pfeil zeigt den Weg des Regenwassers vom Dach zum Wasserbecken.
- Oberflächiger Abfluss:** Ein gestrichelter blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Dach zum Wasserbecken.
- Druckleitung:** Ein grüner Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Überlaufgraben.
- Versickerung vor Ort:** Ein gelber Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Überlaufgraben.
- Filtration:** Ein schwarzer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Überlaufgraben.
- Zisterne:** Ein blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zur Zisterne.
- Wasserbecken:** Ein blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Überlaufgraben.
- Überlaufgraben:** Ein grüner Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Überlaufgraben.
- Pumpenstation:** Ein blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zur Pumpenstation.
- Parkplatz:** Ein blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zum Parkplatz.
- Parkbewässerung:** Ein blauer Pfeil zeigt den Abfluss vom Wasserbecken zur Parkbewässerung.
- Legende:**
 - Einzugsgebiet (orangefarbene Linie)
 - Regenkanal (blauer Pfeil)
 - Oberflächiger Abfluss (gestrichelter blauer Pfeil)
 - Druckleitung (grüner Pfeil)
 - Versickerung vor Ort (gelber Pfeil)
 - Filtration (schwarzer Pfeil)

- Maßnahmen dienen auch der Gebäudeertüchtigung
- Dachflächen und landseitige Parkplatz- / Erschließungsflächen entwässern weiterhin in die Zisterne
- Gesammeltes Wasser wird in den Hauptfilter (Schilf-Pflanzung) des Beckens gepumpt
- Niederschläge vom Vorfeld (25 ha) laufen aufgrund des Gefälles direkt in das Wasserbecken (tiefster Punkt im Gelände)



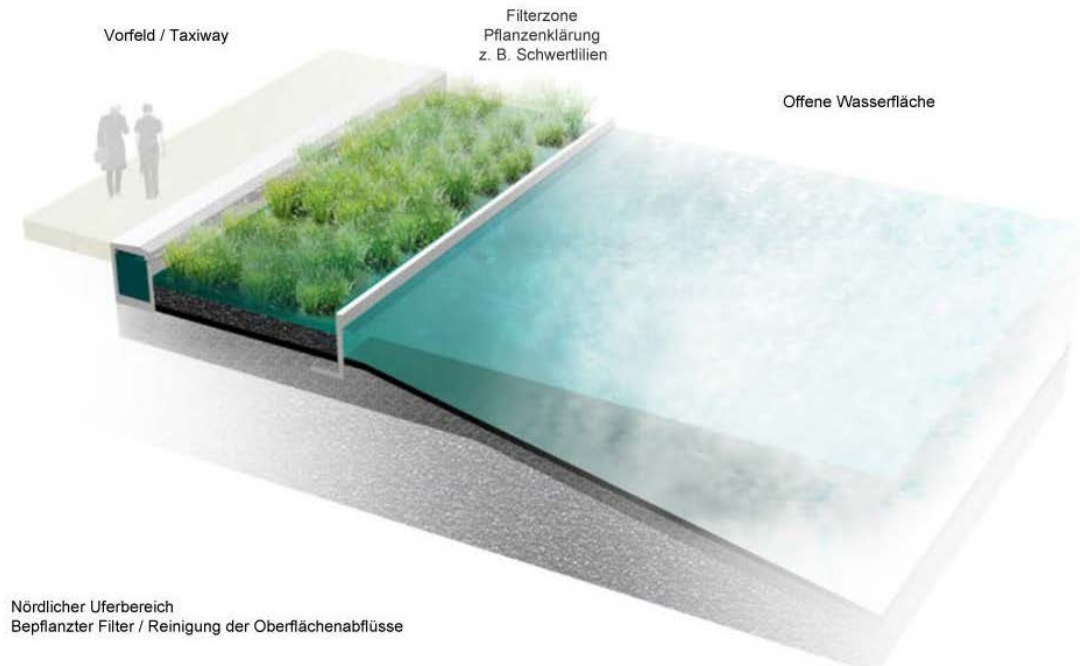
Dieses Wasser, das wir in dem Regenwasserbecken sammeln können, entspricht dem, was über die Dachflächen und Vorfeldflächen anfällt. Dieses Wasser wiederum wird auch zukünftig genutzt werden können. Es ist nicht etwas, was nur verdunstet. Der Verdunstungsaspekt ist übrigens sehr wichtig. Die bioklimatische Funktion des Wassers sollte nicht unterschätzt werden. Es gibt sogar ein bioklimatisches Gutachten, das sagt, dass über die erhöhte Evapotranspiration ein besseres Klima hergestellt wird. Das ist ein wichtiger Aspekt. Dieses Wasser bietet aber auch die Möglichkeit, später als Grauwasser genutzt werden zu können sowohl für eine wohnbauliche Nutzung, möglicherweise für das zentrale Gebäude, in jedem Fall aber für die Bewässerung des Parks.



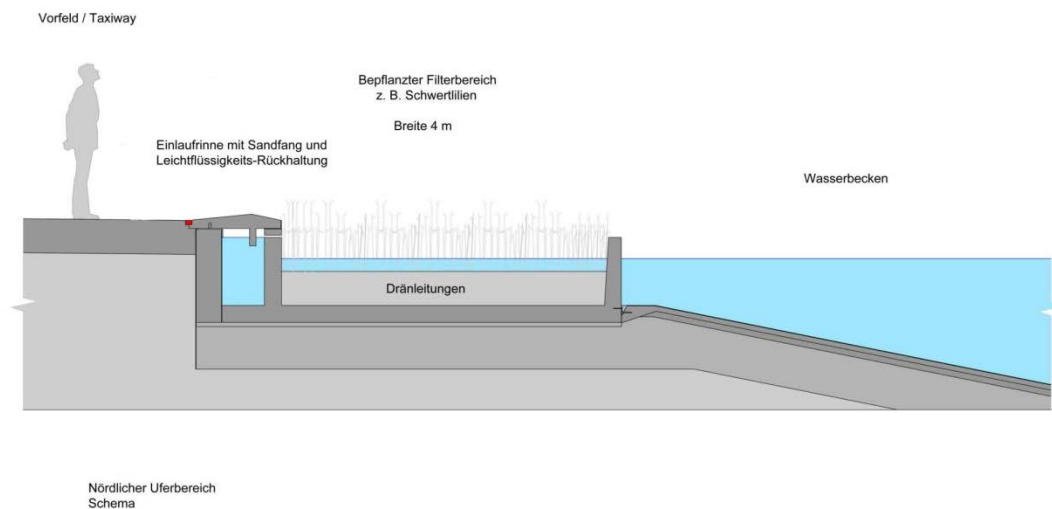
6

Dann geht es darum, das überschüssige Wasser vor Ort auch versickern zu lassen. Es geht nicht darum, ein Designbecken anzulegen. Das ist ein technisches Bauwerk, und seine Größe leitet sich aus den vorhandenen Wassermengen ab. Übrigens, nebenbei gesagt, es fällt so viel Wasser an, dass man im Grunde damit einen großen See speisen könnte. Das macht natürlich keinen Sinn, weil der Flächenverbrauch zu groß ist. Deswegen ist diese Flächengröße von 3,1 Hektar die Mindestgröße, die man braucht, um sinnvoll damit umgehen zu können.

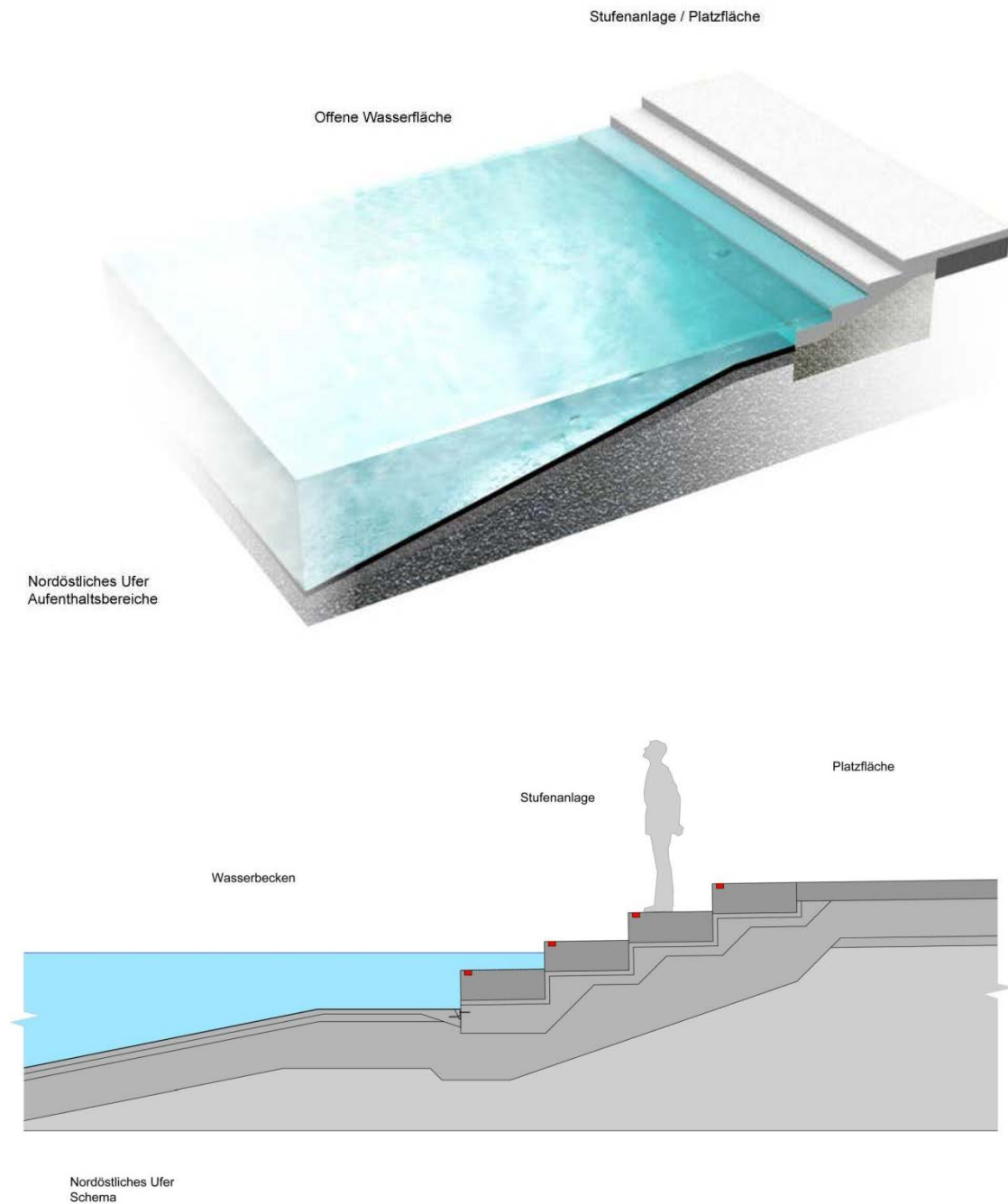
Die Frage nach Alternativen wird auch immer wieder gestellt. Natürlich kann man ein ganz normales Versickerungsbecken anlegen, aber dieses Versickerungsbecken wäre dann nicht 3,1 Hektar groß, sondern 4,6 Hektar, und 4,6 Hektar bedeuten auch oberflächliches Abschieben, Austauschen der Bodenmassen. 65 000 Kubikmeter Bodenmengen würden dort anfallen, und auch hier sieht man natürlich den Eingriff. Das ist ein Eingriff in die Oberfläche der Landschaft, der auch erforderlich wäre, wenn man ein ganz normales Versickerungsbecken anlegen würde. Dieses Versickerungsbecken braucht natürlich auch Klärstufen. Das ist eine kaskadenartige Abfolge von einzelnen Becken, die dann erforderlich wäre. Hier regeln wir die Klärung des Oberflächenwassers durch biotisch belebte Zonen.



Das Wasser, das ankommt, wird in einem Pflanzenfilter, in einem Pflanzenklärbecken gereinigt, das übrigens auch, bezogen auf die Artenvielfalt, einen sehr interessanten Aspekt hat. Es ist darüber hinaus eine relativ simple Anmutung.



Hier ist es kein Design, sondern ein technisches Bauwerk, das man aus den Voraussetzungen zum sinnvollen Umgang mit diesen Oberflächenabwässern ableiten kann. Hier eine Kante, dort wieder das kleine Klärungsbecken, das ist die Pflanzenkläranlage, wenn man es so ausdrücken möchte, und dann geht es über in die eigentliche Wasserfläche. Ich frage mich wirklich: Wo ist hier zu viel Design? Es gibt an einer Stelle die Möglichkeit für die Bürger, ans Wasser heranzutreten.



Das war ein Wunsch. Das war nicht irgendetwas, das vom Himmel gefallen ist, sondern das war für uns ein Auftrag, damit sinnvoll umzugehen, und so schafft es dieser Entwurf auch an einer Stelle, die Möglichkeit anzubieten, dass die Bürger ans Wasser herankönnen, um, wie Herr Müller zu Recht sagt, mal die Füße ins Wasser zu halten. Auch das ist, denke ich, durchaus sinnvoll und verträglich und entspricht nicht einem Designbecken.

Darüber hinaus wird immer wieder zitiert, auch von den Naturschutzverbänden: Es gibt ein hervorragendes Beispiel am Potsdamer Platz. Dieses Beispiel hat damals über 200 Euro pro Quadratmeter gekostet. Wir realisieren dieses Becken für ca. 25 Euro pro Quadratmeter. Wir

schaffen darüber hinaus noch einen besonderen Mehrwert. In diesem Becken am Potsdamer Platz, das immer so vorbildlich zitiert wird, ist es so, dass das überschüssige Wasser in die öffentliche Regenwasserkanalisation abgeführt wird. Hier ist es so, dass wir dieses vermeiden. Wir können es vor Ort sogar noch zusätzlich über den biotischen Filter versickern lassen, und so wird es wieder Teil des Grundwassers, also ist dieses Vorgehen sogar noch fortschrittlicher. Keinesfalls kann man sich aber an Konzepten orientieren, die vor 50 Jahren mal aktuell und gut waren. Wir sind da wesentlich weiter, und nicht ohne Grund ist auch dieses Konzept in einem EU-weiten Forschungsprojekt ein vorbildliches Konzept geworden. Hier spielt es eine ganz besondere Rolle.



Aufenthaltsbereiche / Arrondierung

- Stufenanlagen und Platzflächen bieten Raum für vielfältige Nutzungen
- Hohe Aufenthaltsqualität 'Am Wasser'
- Bereicherung des Landschaftsbilds



Wasserfläche / Uferzonen

- Verbesserung des lokalen Kleinklimas (Verdunstung / Kaltluftentstehung im Sommer)
- Uferzonen und Flachwasserbereiche erhöhen die Biotopstrukturen und schaffen neue Lebensräume (Flora und Fauna)
- Wasser- und Stoffkreisläufe als Themen der Umweltbildung

Das ist der Stand zum Wasserbecken, und ich glaube, soweit reichen die Erläuterungen dazu.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Steindorf! Wollen Sie anhand der Darstellung noch etwas ergänzen?

Gerhard W. Steindorf (Tempelhof Projekt GmbH): Nachdem wir uns die Aufgabe teilen, in die Aufgabe Grün, alles, was die Parklandschaft und die Entwicklung angeht, und die Aufgabe Baufeldentwicklung und Gebäude, würde ich jetzt nicht noch ergänzen wollen, sondern Platz für Fragen lassen. Wenn es um das Gebäude geht, gerne wieder Fragen auch an mich.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut! Vielen Dank!

Christoph Schmidt (Grün Berlin GmbH): Ich möchte vielleicht noch einen Hinweis liefern, weil vom BUND immer gesagt wird: Das ist so groß, das kann man anders machen. – Man bezieht sich da auf ein Gutachten von Herrn Prof. Sieker. Das Gutachten von Herrn Prof. Sieker, das herbeizitiert wird, berücksichtigt nicht ein Regenwasserbecken, sondern einen Vorfilter, ein Klärungsbecken, wenn man so will. Es werden darüber hinaus nicht alle anfallenden Wässer, die von den Oberflächen kommen, einbezogen. Insofern ist der Vergleich falsch. Das, was ich anfänglich sagte, würde man ein ganz normales Versickerungsbecken, so, wie man das kennt, eine Versickerungsmulde anlegen, die im Übrigen im Mittel 70 Zentimeter tief sein müsste, dann hätte man eine erforderliche Flächengröße von 4,6 Hektar, die man abschieben muss, wo der Boden ausgetauscht wird, wo man 65 000 Kubikmeter Bodenmaterial hat, das übrigens auch anteilig verseucht ist und Z 1.2 Boden bedeutet und aufwendig entsorgt werden müsste. Das ist der Vergleich. Wir arbeiten hier mit einem multikodierten Becken, das nicht nur versickert, nicht nur ökologisch ist und auch Kosten spart, sondern auch noch den Bürgerwunsch im Sinne von Wasser und Wassernähe ermöglicht und wesentlich kleiner ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Heuser, Sie haben das Wort!

Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.): Ich würde eigentlich auf alle Punkte, also auch Tempelhofer Feld insgesamt und Bürgerbeteiligung, eingehen. Wenn ich kurz auf das Wasserbecken eingehe, das ist ja eine Gesamtplanung.



Wir haben nicht nur das Wasserbecken, sondern wir haben auch noch einen Rundweg. Den Rundweg, der hier angelegt wird, sehen Sie hier im Rahmen der Baugenehmigung und hier vor allem die Aufschüttung dieser Landform, die offenbar nur noch zwei Meter hoch, in den Planunterlagen steht 3,25 Meter, und bis zu 70 Meter breit ist, die in der Mitte der Landebahn dann auf gleichem Niveau verlaufen soll.

Wenn Sie unsere Stellungnahme, die ich Ihnen zugeschickt habe, genau gelesen haben, haben wir uns gar nicht zum Wasserbecken oder zur Wasserfläche positioniert. Wir haben nur festgestellt, da hier das Ganze als ökologisches Niederschlagsmanagement beurteilt, verkauft und vermarktet wird. Das ist für uns Cleanwashing, weil das Wasserbecken mit der Versickerung eigentlich nichts zu tun hat. Die Versickerung erfolgt, da das Wasserbecken nach unten abgedichtet ist, wie Sie es in den Plänen gesehen haben, in der Versickerungsrigole. Das heißt, wenn das Wasser reinflutet und der Wasserstand steigt, dann versickert da das Wasser. Das ist ja auch ganz gut. Es ist sinnvoll, dass das Wasser vor Ort versickert wird. Im Sickergutachten stehen im Übrigen die Punkte auch mit der Versickerungsmulde. Sie kommt auf 15 Zentimeter Muldentiefe etc. Gross.Max hat in der ursprünglichen Planung die beiden Versickerungsbecken rechts und links des Vorfeldes angeordnet, wenn Sie die Planung noch kennen. Es gibt durchaus verschiedene Möglichkeiten. Für Sie als Abgeordnetenhaus ist entscheidend: Die reine Versickerungsfunktion, die ökologische Funktion kostet nach dieser Schätzung 1 Millionen Euro, andere sagen, etwas mehr, 2 bis 3 Millionen Euro. Das Wasserbecken kostet 11 Millionen Euro. Jetzt ist die Frage schlicht und einfach auch für Sie zu stellen: Hat es diesen Mehrwert dieses Wasserbeckens, dafür diese Millionen auszugeben? Gera-

de das Beispiel Potsdamer Platz ist schön. Dann gehen Sie gerade mal aktuell zum Potsdamer Platz, und Sie sehen, dass alles nicht funktioniert. Sie sehen, wenn Sie Springbrunnen und sonstige Wasserflächen ansehen, was für Schwierigkeiten das Land Berlin hat, tatsächlich die Wasserqualität zu sichern. Das heißt, Sie müssen sich da auch wirklich überlegen: Wollen wir als Abgeordnetenhaus dafür das Geld bereitstellen? Dann müssen Sie auch dazu wissen, dass das Wasser – damit es nicht umkippt, alle fünf bis sechs Tage umgewälzt werden muss. Das passt zur Energiediskussion, denn das sind 120 Kilowattstunden, also 30 000 Euro Stromkosten im Jahr. Das gehört dann auch dazu.

Es gibt einen wunderbaren Leitfaden der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zur Wirtschaftlichkeitsberechnung von Regenwassermanagement. Da ist dezidiert aufgeführt, was alles an Unterlagen beizubringen ist, welche Varianten untersucht werden müssten. Dazu würde gehören: Wir haben das Wasserbecken. Wir haben die Versickerungsmulde etc. Das heißt, Sie schaffen damit Transparenz. Wurde dieser Leitfaden der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in diesem Fall angewandt? – Wir haben bisher, auch im Rahmen der Akteneinsicht, keinen gesehen. Ich kann Ihnen aber sagen, da ich vorhin den Anruf aus der Senatsverwaltung bekommen habe, bisher kennt die Akten ja kaum jemand, dass jetzt, nachdem 200 Leute über unseren Tool Akteneinsicht beantragt haben zu den ganzen Genehmigungsunterlagen für Wasserbecken etc., diese auf der Internetseite veröffentlicht werden. Das heißt, Sie können sich selber die Bauplanungsanlagen angucken, was wirklich dahintersteht. Wir sind auch offen für eine Diskussion.

Das Wasserbecken wird dann als naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahme für die Randbebauung verkauft, das heißt, dafür die Vernichtung der Natur, weil plötzlich dieses technische Bauwerk als Ausgleichsmaßnahme – – Darauf kommen wir aber später noch.



Das Hauptproblem unter Naturschutzaspekten – hier grün und gelb markiert – sind die geschützten Biotop, also Trockenrasen und Frischwiesen. Wo würde ein Planer, dem man sagt: Bau doch bitte möglichst behutsam! –, nicht bauen? Garantiert nicht in den grün-gelben Flächen, wo es auch schon einen kleinen Weg gibt. Dieser Rundweg, diese Landform sind reine Landschaftsarchitektur, vernichten aber sechs Hektar geschützte offene Wiesenlandschaft nach den eigenen Gutachten der Senatsverwaltung. Da sagen wir natürlich: Macht doch lieber eine behutsame Entwicklung vor Ort, statt ausgerechnet mitten rein, aus dieser Idee des Kreisrunden heraus, einen Weg zu bauen, der ansonsten für die Nutzer nichts bringt, weil die Wegebeziehung zwischen den Landebahnen vorhanden ist. Die Wegebeziehungen im Norden werden teilweise abgeschnitten. Darüber können wir nachher noch vertieft diskutieren.

Wenn jetzt diese Naturzerstörung auch noch als Aufwertung des Geländes aus naturschutzfachlicher Sicht durch die Sichtweise der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bewertet wird, dann widerspricht das grundsätzlich der Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes.

Eingriffsbewertung Parklandschaft SenStadtUm

Beide Fachbeiträge sowie die Stellungnahme der zuständigen obersten Naturschutzbehörde gelangen zu dem Ergebnis, dass der Bau des Wasserbeckens sowie die anderen Baumaßnahmen **in der Summe eine Aufwertung von Natur und Landschaft** bewirken werden, indem insbesondere die erholungswirksamen Aspekte sowie das Landschaftsbild sich positiv auf die Gesamtbilanz auswirken.

Und somit gerade **keinen Eingriff** in Natur und Landschaft auslösen.

Das ist ein Problem, über das wir in Berlin schon seit Jahren diskutieren. Wir haben ganz klar § 15 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz – Ersatz und Ausgleich, Eingriffe in den Naturhaushalt sind funktional gleichartig oder gleichwertig auszugleichen. Das ist ständige Rechtsprechung. Ein Trockenrasen, der zerstört wird, kann nur durch einen neuen Trockenrasen ausgeglichen werden. Zerstörte Natur kann nur ausgeglichen werden, indem man Natur am gleichen Ort schafft oder schützt. Es kann aber nicht ausgeglichen werden, wie es die Gutachter berechnen, dass durch die Maßnahmen eine Aufwertung von Natur und Landschaft erfolgt, insbesondere, dass sich die erholungswirksamen Aspekte, so wie sich das Landschaftsbild darstellt, positiv auf die Gesamtbilanz auswirken. Damit stellen Sie im Endeffekt die Eingriffsregelungen des Bundesnaturschutzgesetzes schlichtweg auf den Kopf, weil Wasserbecken, Rundweg und Langform massive Eingriffe in den Naturhaushalt sind, wie auch festgestellt wird. Es kann nicht ausgeglichen werden. Der Bundesgesetzgeber hat ganz klar definiert: Touristische Infrastruktur hat mit Ausgleich überhaupt nichts zu tun und kann nicht durch diese Landschaftsbildmaßnahmen ausgeglichen werden. Das sagt schon der Gesetzestext eindeutig. Deshalb klagen wir auch, weil wir genau diese Praxis, die ich im Zweifelsfall noch näher erläutern kann, so nicht mittragen können. Wenn in die Natur eingegriffen werden muss, muss auch entsprechend in der Natur ausgeglichen werden. Deshalb hat übrigens auch die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen, dass die Ausgleichspraxis in Berlin evaluiert und end-

lich konsequent an naturschutzfachlichen Zielen ausgerichtet werden soll. Hier haben Sie genau das Gegenteil von dem, was nach dem Naturschutzrecht sein müsste.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Dann machen wir gleich mit dem Objekt des Ausgleiches weiter, mit dem Bebauungsplan. – Herr Gothe! Wenn Sie dann vielleicht gleich den gegenwärtigen Planungsstand erläutern könnten.

Staatssekretär Ephraim Gothe (SenStadtUm): Ich will insbesondere Frau Lompscher antworten, zur Parallelität des FNP. – In der Tat wollen wir das FNP-Änderungsverfahren parallel zu den anderen Verfahren durchführen, und zwar so, dass die Meilensteine des FNP-Änderungsverfahrens sich sinnvoll in die Planungszelle eintakten, die beabsichtigt ist, und zu den B-Plänen und auch zu dem Volksbegehren. Es ist so, dass wir die frühzeitige Beteiligung für das FNP-Änderungsverfahren kurz nach der Planungszelle machen, nicht etwa vorher. Ich glaube, das ist der richtige Zeitpunkt. Wir wollen die öffentliche Auslegung der FNP-Änderung nach dem Volksbegehren machen und nicht vorher. Wir wollen mit dem Beschluss für den neuen FNP in diesem Ausschnitt dann ein halbes Jahr, bevor die B-Pläne zur Festsetzung anstehen, fertig werden, weil das von der Reihenfolge richtig ist und wir dann einen etwa sechsmonatigen Abstand zur Festsetzung der B-Pläne haben. Ich glaube, das ist ein sinnvolles Zeitgerüst. Wir stimmen die Details gerade dazu ab, und das können wir dann auch noch mal gerne schriftlich vorlegen, wie wir dieses FNP-Änderungsverfahren von der Zeitabfolge eintakten wollen. – [Zuruf] – Erst kommt die Planungszelle noch in diesem Jahr. Dann kommt die frühzeitige Beteiligung durch das FNP-Änderungsverfahren. Die Auslegung der FNP-Änderung kommt nach dem Volksbegehren und nicht davor. Die Festsetzung des neuen FNP-Ausschnittes für diesen Bereich kommt dann etwa ein halbes Jahr, bevor die B-Pläne festgesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Dann kommen wir jetzt zu Frau Bongartz.

Christiane Bongartz (Initiative 100 % Tempelhofer Feld e. V.): Mein Name ist Christiane Bongartz. Ich bin Vertrauensfrau zum Erhalt des Tempelhofer Feldes. Ich möchte mich noch einmal zu dem Wasserbecken äußern. Dieses Gutachten von Herrn Prof. Dr. Sieker ist in einem Stadium entstanden, als noch nach dem Masterplan evaluiert werden sollte, ob ein Regenwasserbecken in der Größe umgesetzt werden kann. In dem Gutachten ist eindeutig belegt, dass auch Versickerung möglich wäre. Dieses Wasserbecken ist so gesehen wasserwirtschaftlich keine Notwendigkeit. Das ganze gesammelte Wasser könnte auch über Versickerungsriegen oder anderweitige Senken versickert werden. Das müsste man natürlich prüfen über welche Böden usw. Dieses Becken wird als Bauwerk geführt. Insofern muss ich Herrn Senator Müller widersprechen, dass keine Baumaßnahmen stattfinden, bevor das Volksbegehren durchgeführt ist. Dies ist eine Baumaßnahme, und zwar im zentralen Bereich, im sogenannten Herzen des Tempelhofer Feldes.

Bisher haben wir nur die ökologischen Auswirkungen des Wasserbeckens in Bezug darauf betrachtet, dass wir Regenwasser, das nicht über das Rückhaltebecken Lilienthal, nördlich des Columbiadamms abgeführt wird, auf der Fläche zurückhalten können. Wenn man sich mit dem Gutachten von Herrn Prof. Dr. Sieker beschäftigt, wird man feststellen, dass bei der Berechnung des größten Beckens, das dafür gedacht war – jetzt ist es sozusagen ein Mix, die Becken sind zusammengeführt worden mit ihren Funktionen –, das Wasser, das über die Regenwasserkanalisation und Zwischenspeicherung des Hauptsammlers unter dem Flugfeld zu-

geführt wird, komplett verdunstet wird. Nur in Fällen von Starkregenereignissen kommt es überhaupt zu einem Abfließen in die Rigole. Die andere Seite der Geschichte, dieses diskontinuierlichen Regenwasseranfalls, ist, dass auch Trockenzeiten überbrückt werden müssen, und diese Trockenzeiten sind nur mit der Nutzung eines Tiefbrunnens realisierbar. Das heißt, ab dem Moment wird in das nächste Gewässer, das Grundwasser, eingegriffen, und dafür hätte eigentlich aus unserer Sicht ein gesondertes Planverfahren gemacht werden müssen. – Das zum Wasserbecken.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Schmidt! Sie wollten noch ergänzen?

Christoph Schmidt (Grün Berlin GmbH): Ich hatte es schon in meinem einführenden Vortrag gesagt: Man kann hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen bzw. kann man nicht sagen, wir ersparen uns eine Wasserfläche von jetzt 3,1 Hektar dadurch, dass wir eine Versickerungsmulde anlegen. Diese Versickerungsmulde, die man braucht, um so viel Wasser, das anfällt, dann auch entsprechend leistungsfähig werden zu lassen, hätte eine Größe von 4,6 Hektar. 4,6 Hektar sind 1,5 Hektar mehr als das, was wir jetzt an Wasserfläche haben. Das, was mit dem Wasser in jedem Fall geschehen muss, ist auch das Hochpumpen. Diese 30 000 Euro, von denen Herr Heuser gerade sprach, bräuchte man auch, wenn man eine ganz normale Versickerungsmulde hat. Das Wasser muss nämlich aus der Zisterne hochgepumpt und dort eingeführt werden. Es gibt kein normales Gefälle, das es ermöglicht, das Wasser dort in diese Versickerung zu führen. Auch dort fallen diese Kosten an.

Der nächste Aspekt ist, dass diese 4,7 Hektar, die man ausgraben müsste, um diese Versickerungsmulde anzulegen, Bodenbewegung bedeutet. Das sind die 65 000 Kubikmeter. Ein Eingriff ist also auch hier vorprogrammiert. Es geht nicht ohne Eingriff an der Stelle.

Ein weiterer Hinweis: Herr Heuser sagte, dass das Wasserbecken Naturschutzgebiete zerstören wurde. – [Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.): Die Rundform!] – Die Rundform! Okay! Da muss man differenzieren. Dass diese Rundform übrigens einen Trockenrasenbiotop mit autochthonem Saatgut aus dem Land Brandenburg erhält, haben Sie nicht erwähnt. Das Konzept ist nämlich zusammen mit den Naturschützern erarbeitet worden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Jemand von Ihnen vielleicht noch mal zur Replik, und dann würde ich gerne auf das Thema Bebauungsplan eingehen. – Herr Heuser!

Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.): Ich finde das auch eine sehr gute Idee, denn, wie gesagt, es geht darum, dass die Unterlagen offengelegt werden. Nach den Unterlagen, die wir bisher kennen, ist die Versickerungsmulde, die man braucht, deutlich kleiner und deutlich günstiger. Das waren die Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung und der Grün Berlin.

Der zweite Punkt ist: Natürlich muss aus der Zisterne hochgepumpt werden, aber die zentralen Stromkosten fallen in der regelmäßigen Umwälzung des Wassers im Wasserbecken an, schlicht und einfach, weil Sie alle fünf bis sechs Tage umwälzen können. Sie können das ganz einfach überprüfen, indem Sie den Erläuterungsbericht und das naturschutzfachliche Gutachten lesen. Dann sehen Sie, ob nach den Planungsunterlagen meine Behauptung oder die Feststellung von Herrn Schmidt zutrifft. Ich bin da ganz offen. Wir haben nicht das Recht für uns gepachtet, aber es geht auch darum, sowohl die Bürger zu beteiligen als auch Varianten zu untersuchen. Es geht darum, dass Sie am Ende entscheiden müssen: Welche Lösung wollen

wir am Ende verwirklichen? Das ist die Aufgabe des Abgeordnetenhauses und nicht der Grün Berlin und auch nicht des Senators, denn Sie geben letztendlich die Gelder dafür, und dafür braucht es eine gute Entscheidungsvorbereitung.

Jetzt zum Thema Bürgerbeteiligung, zu diesem ganzen Komplex: Wenn eine Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sich auf Telefonumfragen im Jahr 2009, 2010 – – Ich wurde sogar selber angerufen. Ich habe sogar gesagt, ich finde Wasserflächen auch ganz gut. Das war die allgemeine Frage. Wenn aber die Akzeptanz überprüft werden soll, geht es doch ganz einfach: Man veröffentlicht die entsprechenden Unterlagen und diskutiert öffentlich darüber. Was antwortete die Senatsverwaltung dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg zum Thema: Wie werden die Bürger an der Planung des Wasserbeckens beteiligt? Das war eine BVV-Anfrage. – Da antworten die fast wortwörtlich, aber ich kann es Ihnen auch darlegen, die Bürger hätten Anträge auf Akteneinsicht gestellt und diese genommen. Herr Schmidt hat dann auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der Akteneinsicht hingewiesen. Es ist problematisch, weil sie dem Urheberrechtsschutz unterliegen, das heißt, man konnte es nicht einfach so veröffentlichen. Deshalb ist es ganz gut, dass wir es jetzt geschafft haben, dank unserer 200 Leute, die Akteneinsicht beantragt haben, dank der Entscheidung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, dass jetzt die Unterlagen offen ins Netz gestellt werden. Sie können dann überprüfen, auch als Abgeordnete, wessen Argumente eigentlich wie zutreffen. Ich denke, auch Herr Schmidt und andere werden ihre Argumentation dann unterlegen. Alles Weitere können wir diskutieren, wenn alle die gleichen Kenntnisse über die Planungsunterlagen haben. So etwas nennt man dann konkrete Bürgerbeteiligung und Auseinandersetzung über die jeweiligen Planungsfakten. – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Jetzt haben wir zum Wasserbecken die zwei unterschiedlichen Positionen gehört. Ich wäre, Frau Lüscher, dankbar, wenn Sie zu den Bebauungsplänen noch einige erhellenden Fakten betragen könnten.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm): Herr Vorsitzender! Ich würde gerne nochmal auf das Thema Bürgerbeteiligung eingehen, weil das auch ein wichtiges Thema dieser Anhörung ist und nochmal darlegen, wie viel Bürgerbeteiligung bereits geschehen ist. 68 000 Bürgerinnen und Bürger wurden durch Internetbefragungen, durch direkte Befragungen, durch Bürgerforen, durch Bürgerwerkstätten, durch ganze Wochenenden, die wir durchgeführt haben, vor dem Wettbewerb der Parklandschaft, in dem man Bilder gezeigt hat, gefragt: Was ist erwünscht? Was ist weniger erwünscht? – Bei diesen Bürgerbefragungen kam an erster Stelle, und zwar mit 90 Prozent, die Rückmeldung: Wasser soll als Element in diesem zukünftigen Park eine Rolle spielen, neben Bäumen und anderer Infrastruktur, weil dieses Element nicht vorhanden ist. Das war die Grundlage für den Parklandschaftswettbewerb. Ehrlicherweise fiel es uns als Senatsverwaltung auch im Senat schwer, diese Forderung plausibel in das Programm reinzuschreiben, weil wir alle wussten, dass die Maximalforderung z. B. eines Badesees die finanziellen Möglichkeiten sowohl der Errichtung als auch des Unterhaltes sprengen würde. Viele Entwürfe haben dann dieses Element Wasser aufgenommen. Viele haben es auch nicht aufgenommen. Der Siegerentwurf hat dann diesen Vorschlag gemacht, ein vernünftiges Regenwassermanagement mit diesen Wunsch nach Wasser zu verbinden. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, dass man dann eine solche Forderung, die vielleicht erst einmal schwer umsetzbar erscheint, mit anderen Themen verbindet. Wir wissen alle, Nachhaltigkeit hat drei Standbeine. Nachhaltig ist eine Maßnahme, wenn sie ökologisch, sozial und wirtschaftlich ist. Diese drei Aspekte sind abzuwägen und im besten Falle mitei-

inander zu verbinden. Das war die Aufgabe und der Auftrag, und unter diesem Licht muss man auch dieses Regenwasserrückhaltebecken beurteilen und diskutieren.

Wir sind überzeugt, dass es richtig ist, immer wieder zu informieren, auch die komplizierten technischen Details darzulegen. Das ist ja auch möglich, indem man sich die Planungen anschauen kann, es ist aber nun einmal auch so, dass wir gewisse Ingenieurfragen natürlich nur bedingt durch Bürgerinnen und Bürger bestimmen können. Wir würden ja auch nicht hingehen und beispielsweise die Statik einer Zentral- und Landesbibliothek oder etwas Ähnliches mit Bürgerinnen und Bürgern im Detail diskutieren. Es gibt Fachleute, die gewisse Dinge beurteilen müssen.

Der letzte Punkt zum Thema UVP. Es ist jetzt eine Klage da. Wir sind der Auffassung, dass die Maßnahme nicht UVP-pflichtig ist. Das werde ich jetzt hier nicht vertiefen, das können vielleicht eher die Fachleute tun. Da müssen wir auch gucken, wie die Frage nach der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme Landschaftsbild ist neben Vielfalt, Eigenart und Schönheit auch der Erholungswert, das ist in § 1 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes formuliert. Dieser Erholungswert spielt auch eine Rolle, und dann sind wir wieder ganz am Anfang meiner Ausführungen, nämlich bei dieser Bürgerbefragung.

[illegible]

- be/ur -

Wohngebiet haben wird. Das hat sicher eine gewisse Bedeutung. Es kommt auch ein wenig darauf an, welcher Entwurf dann ausgewählt wird. Im Tempelhofer-Damm-Quartier entlang des Tempelhofer Dammes haben wir Dienstleistungen und Gewerbe dort, wo es nötig ist. Im Moment sind wir bei 1 300 Wohneinheiten. Das hängt aber noch ein wenig davon ab, ob wir entlang des Tempelhofer Dammes den Wohnanteil noch etwas erhöhen können. Diese Abklärungen laufen im Moment auch noch durch vertiefende Untersuchungen zum städtebaulichen Muster. Im Moment sind es Hofstrukturen, in denen es durchaus möglich ist, zum lärmberuhigten Hof auch Wohnungen zu organisieren, wenn sie denn durchgesteckt sind. Ebenso ist es an der Oderstraße, das dritte Quartier, mit einem sehr hohen Wohnanteil. An der Oderstraße sehen wir nur in den Erdgeschosszonen, in den Bereichen, die besonders publikumsintensiv sind, entlang der ehemaligen Landebahn, entlang des Parkrandes kommerzielle Nutzung, Restaurants, Läden etc. vor, und der Rest wird Wohnungsbau sein, sodass wir da einen wesentlichen Beitrag zum Thema Neubau, innerstädtischer Wohnraum in attraktiver und gut erschlossener Lage leisten können. – Das in Kürze.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Herr Krüger! Möchten Sie aus Sicht des Bezirksamtes vielleicht noch zu den aufgeworfenen Fragen ergänzen?

Bezirksstadtrat Daniel Krüger (BA Tempelhof-Schöneberg): Herzlichen Dank, Herr Heide! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht zu dem, was Frau Lüscher gerade ausgeführt hat: Der Bezirk betrachtet natürlich insbesondere den Bereich am Tempelhofer Damm und am Südring. Insofern decken sich auch unsere Vorstellungen, dass am Rande der Stadtautobahn und des Südringes vornehmlich Gewerbeeinheiten Einzug halten, während am Tempelhofer Damm sicherlich auch im Kontext des gegenüberliegenden Wohnquartiers ein Stadtquartier entstehen wird. Wir sehen hier natürlich auch insbesondere die Fragestellung aufgeworfen, inwieweit dann für die dort zu schaffenden Wohneinheiten die entsprechende Infrastruktur zu berücksichtigen ist. Das heißt also, dass wir uns an dieser Stelle auch darüber Gedanken machen müssen, inwieweit vorhandene Schulstandorte erweitert werden müssen oder auch im Kindertagesstättenbereich entsprechende Erweiterungen notwendig sind.

Ein Punkt, den ich vielleicht auch noch ansprechen darf, der hier vorhin kurz angeschnitten worden ist, ist: Wir sehen einen ganz erheblichen Bedarf, die Südbrücke, die im Bereich des zukünftigen S-Bahnhofes oder konzipierten S-Bahnhofes an der Oberlandstraße vorgestellt ist, diese Brückenverbindung zu schaffen, weil uns natürlich klar ist, dass der Tempelhofer Damm heute, das werden Sie vielleicht als teilweise auch mal Langfahrende erleben, an der Kapazitätsgrenze ist und jede zusätzliche Nutzung in diesem Bereich im Endeffekt diesen Bereich kollabieren ließe. Dies trifft insbesondere auch auf den Knotenpunkt mit der Anschlussstelle zur Autobahn zu. Insofern sehen wir natürlich einen ganz erheblichen Bedarf, hier diese Südverbindung zu schaffen, im Übrigen gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten, weil diese Südbrücke, die dort konzipiert ist, gerade dem Fahrradverkehr in Nord-Süd-Richtung dienen wird. Wir wissen alle, dass wir hier entsprechende Verbesserungen im Zuge des Tempelhofer Dammes nicht erreichen werden. – So viel von mir an dieser Stelle. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Lüscher! Noch eine Ergänzung zum Thema Infrastruktur?

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm): Ja, vielleicht noch etwas in Ergänzung zum Kollegen im Bezirk. Wir haben in der Zwischenzeit gemeinsam eine Untersuchung durchgeführt, in der sich herausgestellt hat, dass bestehende Schulstandorte ergänzt werden, was wir sehr begrüßen, und ich glaube, der Bezirk auch. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten miteinander abstimmen, wie die Planungen auch außerhalb des Tempelhofer Feldes in Bezug auf die Infrastruktur weiter vorangetrieben werden können.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Heuser hatte sich zum Thema Bebauungsplanung generell gemeldet. Bitte!

Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.): Ich möchte konkret auf die Punkte eingehen, die Herr Senator Müller aufgeworfen hat, die aber auch in den Anträgen zum Ausdruck kommen. Es ist natürlich legitim, darüber nachzudenken, so wertvoll das Tempelhofer Feld insgesamt auch für Natur, Mensch, Freizeit und Erholung ist, ob auch Teilflächen bebaut werden können. Das ist vollkommen legitim, auch gerade vor dem Hintergrund, wenn man Wohnungsneubaustandorte braucht. Dann muss man aber auch anständig planen, und Planen heißt vor allem, das ist das konstitutive Element jeder Planung, man muss alle Belange einbeziehen und miteinander und gegeneinander abwägen, wie es so schön im Baugesetzbuch und sonst wo heißt. Man muss offen Alternativen diskutieren, und zwar auch grundsätzliche Alternativen, zu denen auch die Nullvariante gehört. Und man muss die ganze Planung sinnvoll abschichten, das heißt, von der Grobplanung, der Grundsatzdiskussion dann in die Detailplanung. Da sind auch Sie als Abgeordnete gefordert, weil das deutsche Planungsrecht, das sich in den letzten Jahren entwickelt hat, aus der Erkenntnis der vielen Konflikte, die es auch früher schon gab, genau diese Schritte und diese Planungsregeln vorsieht. Das heißt, wir haben eigentlich als ersten Ansatzpunkt die Aktualisierung und Änderung des Flächennutzungsplanes, weil hier grundsätzlich darüber diskutiert wird, eigentlich sogar stadtweit: Wo baue ich welche Wohnneubaustandorte? Das kann man im StEP Wohnen machen. Da muss doch das Abgeordnetenhaus ganz klar sagen: Wo setzen wir zunächst einmal die Prioritäten, um zügig Wohnraum zu gewinnen? – und zwar unter der Abwägung auch ökologischer Gesichtspunkte: Welche Flächen sind mehr oder weniger sensibel? Welche sind konfliktreicher und welche weniger? – vor allem, wenn Sie dann noch kein Geld für Personal und Planungsmittel insgesamt haben. Das Problem kennen wir. Wir wissen auch, wie sich Bezirke über die Senatsverwaltung beklagen. Dann heißt es, hier auch Prioritäten zu setzen auf die Punkte, wo man schnell und zügig gemeinsam etwas entwickeln kann. Da gibt es genügend Flächen. Stattdessen: Konzentration auf das Tempelhofer Feld.

Zweite Ebene: Flächennutzungsplanänderung. – 2009 wurde die Aktualisierung eingeleitet. Wir haben brav unsere Stellungnahmen geschrieben. Was ist passiert? – Nichts mehr. Es wurde auf Eis gelegt. Genau dieses Verfahren wäre jetzt auch mit einem Masterplan der Punkt, über den man diskutieren kann. Wie soll das Tempelhofer Feld insgesamt gestaltet werden? Wie soll der Park gestaltet werden? – Vielleicht zur Parkgestaltung der Hinweis: Herr Krüger hat gerade das Vergnügen, einen Bebauungsplan für eine 9 300 Quadratmeter große Grünfläche per Bebauungsplanverfahren zu machen. Das ist ein Drittel des Wasserbeckens. Die Senatsverwaltung geht mit Baugenehmigungen im Außenbereich des § 35 vor, also eine auch sehr schräge Maßnahme. Da muss ich sagen, ist Herr Krüger mit seiner Öffentlichkeitsbeteiligung besser.

Jetzt kommen wir zu einem anderen Punkt: Das Flächennutzungsplanverfahren wäre genau der richtige Zeitpunkt, um diesen Masterplan zu diskutieren. Aber nein, es wurde direkt, auch unter Ausschaltung – – Deshalb auch ans Abgeordnetenhaus, gehen Sie doch mal ran und sagen: Wir wollen erst mal über den Flächennutzungsplan diskutieren, weil wir als Abgeordnetenhaus über ihn entscheiden müssen. – Stattdessen haben wir jetzt die konkreten Baugebiete. Darüber können wir jetzt diskutieren, ob die Gewerberiegel und die Wohnbebauung überhaupt noch funktioniert, auch von der Verkehrsbelastung her, dass die Gewerberiegel als Lärmschutz für die Wohnbebauung dient, wenn vor allem erst einmal der Investor für die Gewerberiegel gefunden werden muss. Ob die dann solitär dasteht, ist eine offene Frage.

Aber der andere Punkt, der viel wesentlicher ist, ist: Sie haben eine frühzeitige Bürgerbeteiligung eingeleitet, die unter den Standards ist, die wir im Bereich der Bezirke hinsichtlich der Materialien haben. Sie haben eine kurze Beschreibung gemacht, was geplant ist. Sie haben keine Umweltprüfung vorgelegt, sondern nur stichwortartig abgehandelt. Sie haben aber dann verschiedene Gutachten vorgelegt. Diese Gutachten beziehen sich aber nicht auf die Baugebiete, sie beziehen sich wiederum auf den Masterplan, das lufthygienische Gutachten, das Lärmgutachten, das klimaökologische Gutachten und nicht die Schulstandorte. Das heißt, Sie legen uns jetzt Gutachten für das konkrete Baugebiet vor, die eigentlich für die Masterplandiskussion die richtigen wären. Das Lärmgutachten und das lufthygienische Gutachten kann ich dann nachvollziehen, wenn ich das Verkehrsgutachten kenne. Darauf nehmen Sie Bezug. Das ist in den Planungsunterlagen nicht drin. Versuchen Sie mal als Bürger herauszufinden: Von welcher Verkehrsprognose – Herr Krüger hat es gerade angesprochen, Tempelhofer Damm –, von welchen Verkehrszahlen geht man eigentlich aus, wenn das Quartier am Tempelhofer Damm verwirklicht wird? Das wären einfache Informationen, die für den Bürger wertvoll wären, um bestimmte Sachen einzuschätzen, statt sich durch lange Gutachten zu quälen. Genau diese Informationen sind aber in den Unterlagen als solche nicht enthalten. Deshalb meine ich, auch hier muss man noch mal neu ansetzen. Ich muss auch ganz klar sagen, da haben die Bezirke inzwischen deutlich höhere Standards, und deshalb wäre das auch ein Punkt, denn Sie als Abgeordnetenhaus müssen am Ende entscheiden. Auch die BVVen schalten sich frühzeitig und permanent, wie jeder Bezirksstadtrat weiß, aktiv in den Prozess ein. Da sind Sie natürlich auch gefordert, denn Sie müssen am Ende auf der Grundlage entscheiden, nicht der Senator und auch nicht der Berliner Senat. Deshalb der Ansatzpunkt, zu gucken: Wie schaffe ich es, die formalen Verfahren sinnvoll abzuarbeiten und zu ordnen und tatsächlich eine offene Diskussion über die verschiedenen Aspekte an den richtigen Orten zu führen?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Dann gebe ich den Kollegen das Wort. – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal vielen Dank an die Damen und Herren Anzuhörenden und an den Senat! Den ersten Fragenkatalog haben Sie gleich mitabgearbeitet und sich auch gegenseitig befragt und geantwortet. Das ist mal eine neue Vorgehensweise, aber wir werden ja alle schlauer dabei. Wir haben gerade als Bild, und das finde ich sehr passend, den Masterplan, den aktuellen Stand September 2013, gesehen. Wenn man sich mal ein Stück zurücklehnt und das Bild auf sich wirken lässt, sieht man eines sehr deutlich: Es sind zwei Gretchenfragen zu beantworten. Zunächst einmal: Wie hält man es grundsätzlich mit der Freifläche Tempelhofer Feld? Die Zweite: Wie steht man zum innerstädtischen Wohnungsbau? – Beides kann man an diesem Plan sehr gut beantworten. Wenn Sie hinschauen, sehen Sie sehr deutlich: Die extrem große Freifläche in der Mitte, und das

sind fast 85 Prozent der Fläche, bleibt als grüne Freifläche erhalten, wird nicht bebaut, wird nicht komplett umgepflügt. Es wird auch sonst nichts gemacht, sondern sie soll nach diesem Stand des Masterplanes so erhalten bleiben. Das ist ein ganz wichtiges Petikum, dass man sich das auch klar macht, wenn man über diesen Masterplan redet.

Das Zweite ist, und da gehe ich auf Herrn Heuser ein: Ich finde es sehr bemerkenswert, wenn Sie sagen, wir müssen uns hier fragen: Ist das ein potenzieller Wohnungsbaustandort? Wir haben uns die Frage intensiv gestellt, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen: Ja, es ist einer. – Eines geht nicht – ich bin selbst Mitglied des BUND, wir kennen uns auch lange –, dass man sagt: Jede Freifläche in der Stadt, wenn es dann um Lückenschlüsse geht, dann kommen sofort die Umweltleute und sagen: Die müssen aber genau zwischen diesen beiden Häusern freibleiben. Diese Freiflächen sind stadtklimatisch wichtig, oder es ist ein Hundeauslaufgebiet oder sonst irgendetwas. Das können wir gerade nicht bebauen. – Wenn man ganz streng ran geht, hat man dann noch zwei, drei größere Flächen in der Stadt, und dann ist es aber auch gut. Das wird den aktuellen Bedarf nicht befriedigen, wenn wir ihn sehen. Wir sind hier der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, für Beides, und das müssen wir sehr verantwortlich abwägen. Es geht aber nicht, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass in den letzten drei Jahren sind jeweils 40 000 bis 50 000 Menschen in Berlin zugezogen sind. Das ist das Saldo, und die suchen auch alle eine Bleibe. Darauf muss man dann auch reagieren. Da kann man nicht sagen: Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass! – Das funktioniert nicht. Ich halte das, so wie es hier zu sehen ist als Masterplanung, für einen vernünftigen Kompromiss zwischen dem, was an Freiraumplanung vorgelegt werden muss und dem, was auch an städtebaulichen Notwendigkeiten da ist. Wir sehen, es gibt übrigens, auch wer die Quartiere kennt, wer sich mal die Neuköllner Seite anschaut – – Sie können ja mal den Bezirksbürgermeister Buschkowsky fragen, wie er zu diesen Planungen steht. Der hält das für eine ganz wichtige, auch sozial wichtige Ergänzung, genau an dieser Stelle, was wir dort im Ostbereich sehen. Im Süden haben wir jetzt die angepasste Planung, und nicht nur das, was wir gelb sehen, Gewerbe, sondern dazu, soweit es lärmtechnisch möglich ist, auch noch eine Wohnbebauung sicherzustellen und natürlich im Westen, angrenzend an Neu-Tempelhof, am Tempelhofer Damm, auch noch eine Wohnbebauung zu ermöglichen. Das sind dann in Summe, ich sage mal die runde Zahl, 4 500 bis 5 000 Wohnungen, und die kann ich nicht einfach wegdiskutieren. Da müssen wir uns als Ausschuss, der gerade für so etwas zuständig ist, stadtplanerisch dann auch mal bekennen. Wir tun das. Wir haben das verantwortlich abgewogen. Ich bitte alle anderen, das auch mal grundsätzlich zu tun.

Wenn wir jetzt eine extra Diskussion zur ZLB aufmachen, ist das eine eigene Sitzung wert. Herr Senator Müller hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, wir sollten uns auch das Votum des Kulturausschusses mal anschauen, das zum Antrag zur ZLB vorliegt. Der Kulturausschuss hat sich mehrheitlich dafür entschieden, das abzulehnen und sagt: Das ist nicht der Standort. – Ich persönlich möchte dazu gar kein endgültiges Urteil abgeben, denn es ist ein Solitär. Das ist ein großer Vorteil. Da kann man neu und nutzerorientiert planen und bauen. Wir wissen auch, ob nun mit dem alten Flughafengebäude, das viele Restriktionen hat, oder mit dem ICC oder viele andere Überlegungen, die wir uns alle vorstellen können, dann schauen Sie mal von der Nutzerseite, ob das wirklich machbar ist. Das können wir, glaube ich, alle nicht beantworten, jedenfalls nicht einfach mit einem Federstrich. Das sollten wir heute aber nicht noch tiefer diskutieren, denn wir sind heute bei der Generalsicht auf das Ganze.

Zum Thema Volksbegehren – 100 % Tempelhof ist ja auch da, und viele, man hört es ja aus dem Publikum, auch Anwesende, die völlig berechnigte Fragen stellen an der Stelle. Aber ich bitte auch jeden und jede, der dort aktiv ist, sich die Frage zu stellen: Wenn Sie oder Ihre Kinder in Zukunft oder kurzfristig eine Wohnung suchen, wo sind Sie bereit, dass die in Berlin errichtet wird? Diese Frage muss sich jeder ehrlich beantworten. Da kann man nicht sagen: Das passiert alles immer woanders, aber „not in my backyard“. Nicht bei mir. Ich möchte das nicht sehen. Ich möchte keine Baustelle hören. Das soll alles nicht passieren. – Das funktioniert nicht. So funktioniert kein Gemeinwesen Land Berlin mit dem Zuzug, den wir erleben. Berlin ist attraktiv. Die Leute kommen hierher, und wir müssen das in vernünftige Bahnen lenken und können da nicht den Kopf in den Sand stecken.

Was uns als SPD-Fraktion wichtig ist, ist angesprochen worden. Weder wir als Parlament noch der Senat schaffen unumkehrbare Fakten, was die Bebauung des Tempelhofer Feldes angeht, bevor das Volksbegehren entschieden ist. Es ist angesprochen worden. Der Zeitplan ist hier noch mal vom Staatssekretär persönlich dargelegt worden. – Herr Heuser! Sie sagen ja gerade, Sie wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger konkrete Planungen besprechen können. Das passiert hier. Wir haben eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Wer alle Veranstaltungen wahrgenommen hat, kann wöchentlich in den Gebäuden von Herrn Steindorf oder Herrn Schmidt Sachen besuchen und mit Planerinnen und Planern, Architekten und Stadtplanern diskutieren. Da gibt es so viele, dass es fast schon zu viel ist. Vielleicht sind es auch zu viele, dass einige den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen, was dort alles gerade läuft. Das muss dann aber auch wahrnehmen.

Wir dürfen nicht sagen: Weiterdenken ist nicht erlaubt, und sämtliche Planungsschritte müssen eingestellt werden. – Dann haben wir auch keine Diskussionsgrundlage. Dann wäre Ihre Kritik berechnigt, dass Sie sagen: Was wird denn den Bürgerinnen und Bürgern hier vorgelegt? – Es wird eine konkrete Planung weitergeschrieben, die nicht in Stein gemeißelt ist, die durch das Volksbegehren noch zu beeinflussen ist, die auch durch uns alle aus Verbandssicht – – Eine Verbandssicht ist nicht immer zwingend eine Bürgerinnen- und Bürgersicht. Das sind dann mitunter auch zwei verschiedene Dinge.

Zur Wasserfläche: Das war schon sehr eindrucksvoll, Herrn Schmidt und Herrn Heuser hier zu erleben. Man kann sich beide Positionen anhören und zu eigen machen. Das ist Beides intellektuell nachvollziehbar, was Sie dargelegt haben. Was das Planungsrechtliche angeht, da schließe ich mich Frau Lompscher an. Das soll bitte das Gericht entscheiden. Das ist nicht unsere Aufgabe als Parlament. Herr Heuser! Es ist aber auch nicht unsere Aufgabe als Parlament zu entscheiden, ob das Wasserbecken 15 oder 7,50 Meter lang ist und in der letzten Ausdehnung eine bestimmte Krümmung hat. Als Abgeordnetenhaus von Berlin sind wir nicht diejenigen, die entscheiden sollten: Wird die Stufe in Sandstein oder anders ausgeführt, wenn es eine gibt? Wie groß ist ein Wasserrückhaltebecken, was dann die letzte Ausbaustufe und die letzte Wasserstaustufe bzw. Regenerationsfläche angeht? Das ist mir auch ein bisschen zu viel. Das sage ich Ihnen auch ganz klar. Das können wir als Abgeordnetenhaus von Berlin nicht leisten. Das ist, glaube ich, auch nicht Aufgabe dieses Ausschusses.

Sie haben über den Energieverbrauch gesprochen. Für uns ist klar, wir wollen auf der Dachfläche des Gebäudes, und da dann eine Frage an Herrn Steindorf, das haben wir als SPD-Fraktion schon vor anderthalb Jahren besprochen, eine große Solaranlage. Dazu ist zu klären: Was kann das Dach tragen? Was soll an öffentlicher Nutzung da sein? Wann können wir das

erleben? Wann können wir mit diesem Solarstrom z. B. den Wasserumschlag in dem Wasserbecken vor Ort sicherstellen? Dann natürlich die Frage – wir vernachlässigen ja alle das Gebäude so ein bisschen in der großen Diskussion –: Wie sieht es mit der Auslastung aus? Wie sieht es generell mit der Flächenauslastung durch Dauermieterinnen und -mieter aus im Gebäude? Wie groß ist da die Flächenbelegung? Wie viel können Sie an wie vielen Tagen im Jahr an Eventflächen vermarkten? Was können Sie da vorweisen? Was ist da der aktuelle Stand? Ich glaube, auch das sollten wir uns noch mal anschauen.

Frau Lompscher hat die etwas polemische Frage gestellt: Wie steht die Koalition zu den Kleingärten? – Dass wir – das haben Sie auch letzte Woche noch mal der Presse entnehmen können – sehr genau schauen, wie wir die Kleingartenentwicklungsplanung im Land Berlin so vorantreiben, dass wir, wo immer es geht, Kleingärten erhalten wollen, steht völlig außer Frage. Und wo immer es geht, heißt: Es kann im Einzelfall auch eine Ausnahme geben. Frau Lompscher! Wenn Sie heute schon die endgültige Antwort geben können, ob wir diese Südbrücke, die wir auf diesem Plan sehen, zur Erschließung dieses Geländes wirklich brauchen, sowohl für ein Gewerbegebiet als auch ein Gebäude und Wohnbestand mit mehreren 100 Wohnungen, wenn Sie da heute eine fertige Antwort haben, herzlichen Glückwunsch! Ich habe sie nicht. Wenn Sie mir sagen, da kann ich alles nicht entwickeln, ich kann das nicht endgültig, übrigens auch nicht aus stadtentwicklungspolitischer Sicht weder für die SPD-Fraktion, ich glaube, das kann ich auch für die CDU-Fraktion sagen. Solche Vorwegurteile, da ist alles sakrosankt, was da ist, funktionieren nicht. Sie können auch mal Ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss fragen. Die warten dringend darauf, dass wir diesen Masterplan vorantreiben. Da sind auch jede Menge Sport- und Erholungsflächen ausgewiesen. Über die reden wir hier komischerweise gar nicht. Das gehört auch zur Gesamtplanung. Da sind auch Flächen für die Feldlerchen, die wir heute schon sehen. Man muss gucken: Sind noch Kleingartenflächen möglich, an welcher Stelle können vielleicht sogar neue entstehen? Das kann man im Rahmen dieser Planung vorantreiben. Aber die einfache Pauschalantwort ist mir zu wenig, wenn es um die Zukunft dieser großen Fläche der Tempelhofer Freiheit geht.

Stichwort Naturschutz: Herr Heuser! Sie haben es angesprochen. Das waren übrigens Vorschläge der SPD- und CDU-Fraktion, das Berliner Naturschutzgesetz zu verschärfen. Wir haben es getan, und wir wussten, was wir tun. Wir haben gesagt, der Ausgleich soll nicht in Brandenburg stattfinden, sondern wo immer möglich auf Berliner Landesfläche. Das ist völlig richtig. Trotzdem können wir uns alle nicht drum herummogeln. Ist die Wasserfläche, so wie sie dort aufgezeichnet wurde, wie sie von Herrn Schmidt adargestellt wurde, nicht auch ein Element, mit dem Leute auch echten Erholungscharakter auf dem Feld finden? Diese Argumentation kann ich doch nicht völlig ausblenden und sagen: Das ist völlig wurscht, wie dieses Becken aussieht, und dass ich einfach ganz praktisch meine Füße in das Wasser reinhängen würde. Fragen Sie mal die Anwohnerinnen und Anwohner, die da wohnen, was sie für eine Fläche haben wollen, und dann können wir mal sehen, was da herauskommt. Auch das ist mir ein bisschen zu kurz gegriffen. – Übrigens, Sie hatten die Grundwasserförderung für das Wasserbecken, die vielleicht ergänzend notwendig ist, angesprochen. Wir reden in diesem Ausschuss auch über das Grundwassermanagement, das ist völlig richtig, über den verantwortungsvollen Umgang damit. Was aber die Grundwasserstände angeht, da haben wir eher das andere Problem, dass wir zu hohes Grundwasser an ganz vielen Stellen in Berlin haben. Wenn wir da noch einen Kreislauf mehr aufmachen, ist das kein Totschlagargument, um dort ein Wasserbecken in irgendeiner Form zu untersagen.

Abschließend: Wir wollen – dazu stehen wir – eine größtmögliche Transparenz bei der Planung. Herr Heuser! Es wäre gut, wenn mal ein Umweltverband oder andere Verbände sagen: Wieso stehen da Unterlagen nicht im Internet? – Das soll heute anders sein. Das haben wir nicht ohne Grund als Parlament beschlossen und noch mal extra verankert, nicht nur im Koalitionsvertrag, sondern als Berliner Abgeordnetenhaus. Planungsunterlagen sind frühzeitig und wo immer es geht, vollständig, wenn nicht irgendwie die letzte Urheberrechtsmarke noch nicht dran ist, zu veröffentlichen. Da haben Sie uns auch an Ihrer Seite. Das fordern wir mit Ihnen zusammen. Das ist sicherzustellen. Darum bitten wir auch. Noch ein Satz zum Thema Wohnungsbauflächen. Vielleicht kann das die Senatsverwaltung noch mal ausführen, weil wir jetzt niemanden von der Wohnungsbaugesellschaft haben, dass wir das, was im Westbereich geplant ist, noch mal hören. Es geht auch um die soziale Mischung. Was heißt denn das in der Praxis? Das wird doch hier offenbar heißen, wir fangen bewusst mit einem öffentlichen Wohnungsbestand an, mit Städtischen, mit einer Genossenschaft. Das ist genau die soziale Mischung, die wir haben wollen. Ich bitte, das auch noch mal darzulegen. Dann sollten wir uns ein Stückweit alle hüten, aus Sicht der Stadtentwicklung und aus Sicht des Umweltschutzes, zu schnell zu einfache Antworten zu geben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön, Herr Buchholz! – Frau Kapek!

Antje Kapek (GRÜNE): Das war ein schönes Schlusswort. Vielen Dank, Sie haben, glaube ich, länger geredet als jeder Anzuhörende. Deshalb danke ich nicht nur den Anzuhörenden, sondern auch Ihnen noch mal für Ihre Ausführungen. Ich glaube, zu schnell keine voreiligen Schlüsse ziehen, ist genau das richtige Motto. Herr Buchholz! Ich muss sagen, ich habe das Gefühl, Sie ziehen zu schnell voreilige Schlüsse. Besonders verwundert hat mich, dass der umweltpolitische Sprecher, wahrscheinlich in Vertretung von Frau Haußdörfer, dafür mein Verständnis, eher klang wie der baupolitische Sprecher. Ich hätte da von Ihrer Seite vielleicht anderes erwartet.

Aber jetzt zu meinen eigenen Ausführungen. Fangen wir noch mal beim Thema ZLB an. Das ist tatsächlich Thema heute, denn es steht auf der Tagesordnung. Ich glaube auch sehr wohl, dass hier der Stadtentwicklungsausschuss nicht den Kopf in den Sand stecken sollte, dass er sehr wohl auch darüber diskutieren kann, wo ein geeigneter Standort im Sinne der Stadtentwicklung für eine neue Zentral- und Landesbibliothek in Berlin sein sollte. Sie haben selbst schöne Argumente gegeben, allein, wenn man sagt, am Tempelhofer Damm ist das Thema Wohnen ein wichtiges und auch richtiges. Wir haben dort eine halbe Straße, die ist nur auf einer Seite bebaut. Ich kann mir stadtentwicklungspolitisch sehr wohl vorstellen, dass man da mit einer moderaten Bebauung ein Pendant schafft, eine Weiterentwicklung des Quartiers. Warum dann aber da die ZLB mit einer solchen Massivität hinknallen? Die Fläche könnte man genauso gut für den Wohnungsbau nutzen. Das fände ich viel sinnvoller.

Dann vielleicht an alle zweifelnden Köpfe in der Koalition: Ihnen muss eines klar sein, wenn Sie einfach abwarten und nichts tun und mal schauen, wie sich die Diskussion ergibt, dann wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Prozess so weiter treiben, dass er irgendwann unumkehrbar ist. Wenn Sie sich die auf der Hand liegenden Argumente über die Finanzierung einmal im Hauptausschuss und zweitens auch die im Bauausschuss vorliegenden Argumente für den Standort noch einmal zu Gemüte führen würden, würde ich mir auch eine Diskussion in der Koalition über dieses Projekt wünschen. Überlässt man das dem Senat

und auch dem Regierenden, dann wird das Projekt mit einem Affenzahn durchgepeitscht, und es werden Fakten geschaffen, bevor Sie etwas dagegen unternehmen können.

Zum Thema Fakten schaffen und Planungen: Herr Müller! Sie haben vollkommen recht. Hätten Sie keinen Plan vorgelegt, hätten wir das kritisiert. Insofern finde ich es sehr gut, und das habe ich öffentlich auch schon mehrfach gesagt, dass Sie im März den Masterplan vorgestellt haben. Das zeigt, an welchem Stand der Planung die Verwaltung ist. Allerdings habe ich auch in diesem Zusammenhang immer gesagt: Das muss jetzt aber eine Diskussionsgrundlage sein. Über diesen Masterplan muss man mit der Stadt diskutieren können. – Frau Lüscher! Sie sagen zu Recht, es haben viele Veranstaltungen stattgefunden, aber Sie haben auch gesagt, der Fokus dieser Veranstaltungen, dieser Bürgerbeteiligung war immer die Parkplanung, die Parknutzung. Eine wirkliche Bürgerbeteiligung oder Öffentlichkeitsbeteiligung zur Gesamtplanung hat bisher kaum stattgefunden.

Dazu hat nicht nur der BUND Überlegungen angestellt, wie man das noch machen kann, sondern auch andere.

Auf den folgenden Gedanken hat mich noch mal der Kollege Esser aus dem Hauptausschuss gebracht: Es werden seit Jahren Planungen angestellt, und Herr Steindorf wird ein Lied davon singen können. Ich erinnere mich, dass ich im Sommer 2011 mal bei Ihnen zu Besuch war und habe mir den Zwischenstand vorstellen lassen. Da gab es noch ein interreligiöses Zentrum, ein Zentrum für Elektromobilität und lauter schöne Planungen, von denen man heute überhaupt nichts mehr hört. Ich frage mich: Was hat das eigentlich alles gekostet, um diese Planungen zu machen, sie wieder über den Haufen zu werfen und wieder neue Planungen zu machen? Wäre es nicht sinnvoller, dass man alle Teilplanungen, die es gibt – Grün, Verkehr, Baufelder, Flughafengebäude, Park usw. –, vielleicht mal zusammenführt und mit einer Kosten- und Finanzierungsrechnung in Relation setzt und dann gemeinschaftlich diskutiert? Darin sehe ich einen größeren Zusammenhang.

Man sollte sehr wohl da anfangen und anknüpfen, wo es am allgemeinsten ist, nämlich bei der Änderung des FNP. Sie sagten, den wollen Sie erst nach dem Volksbegehren anfangen zu diskutieren. Das finde ich richtig, allerdings ist es schwierig, wenn wir uns das Regenwasserrückhaltebecken anschauen. Denn da haben Sie die Änderung des FNP nicht vorgeschaltet und auch nicht parallel geschaltet, wenn es richtig ist – was der Zeitung zu entnehmen ist –, dass dort nächste Woche die Bagger rollen sollen. Das heißt, Sie fangen mit dem Bau an, bevor Sie eine FNP-Änderung diskutiert oder durchgeführt haben. Ob das planungsrechtlich in der Form geht, lässt der BUND gerade prüfen. Ich finde das ziemlich schwierig, und zwar auch deshalb, weil es im Rahmen einer FNP-Änderung immer noch eine zusätzliche öffentliche Beteiligung gibt, und die hat man sich hier gespart. Ich würde sie mir entsprechend auf für die Baufelder wünschen.

Welche Probleme es gibt, wenn man das nicht macht, das sieht man zum Beispiel bei den beiden Quartieren in Ihrem Bezirk, für die jetzt die Bebauungsplanentwürfe vorliegen. Am Tempelhofer Damm ist eine sehr dichte Bebauung geplant, mit sieben oder zehn Geschossen, die teilweise sogar den Blick auf das denkmalgeschützte Gebäude verstellen. Für die soziale Infrastruktur ist aber nur eine einzige Kita geplant und keine Schule im Quartier. Ob die benachbarten Quartiere die künftigen Kinder aufnehmen können oder nicht, das ist überhaupt nicht klar. Es gibt dafür einige Maßnahmen, die vielleicht aus Stadtumbaumitteln finanziert werden sollen, aber ob das ausreichend ist, daran haben Bezirksstadträte teilweise große Zweifel. Die Experten sagen vor allem: Wenn man das nicht von vornherein – das ist nämlich auch in den öffentlichen Veranstaltungen, die Sie organisiert haben, immer wieder gesagt worden – mitplant, dann kann man im laufenden Prozess die Planungsfehler in Bezug auf die soziale Infrastruktur nicht mehr heilen.

Noch gravierender finde ich das Problem, wenn man sich den Südring anschaut. Das war ursprünglich mal als Gewerbegebiet geplant. Damit hätte ich vielleicht sogar leben können, wenn man sagen würde, lärmintensives Gewerbe kann man an anderer Stelle nicht so gut unterbringen, hier stört es keinen, aber jetzt soll es ein wohnverträgliches Gewerbegebiet werden. Der Gewerberiegel ist viel niedriger geplant als die dahinter, in der Nähe des Parks angeordneten Wohnungen, die dann quasi den Lärm und andere Emissionen direkt von der angrenzenden Autobahn und S-Bahn, die an dem Südring entlangführen, abbekommen. Ob das in

dieser Form überhaupt geht, daran habe ich meine planungsrechtlichen Zweifel, aber ich zweifle auch mit gesundem Menschenverstand daran. Auch für dieses Quartier ist gerade mal eine Kita geplant. Ich weiß nicht, ob das reicht, und ob ich dann von den kleinen, fünfeinhalb-jährigen Kindern erwarten kann und ihnen zumuten möchte, dass sie den Weg zur Grundschule über die Autobrücke gehen, die Sie dort bauen wollen. – [Daniel Buchholz (SPD): Die sollen lieber 3,5 km außen rum fahren oder wie?] – Nein, ich finde, wenn wir so ein Quartier planen, dann muss man die Schule gleich mitplanen – ganz einfach, Herr Buchholz.

Ich komme zum Todschlagargument der SPD: Sind Sie nicht für mich, sind Sie gegen mich. Jeder, der es wagt, im Entferntesten Kritik an den bisherigen Planungen des Senats oder der SPD zu äußern, ist grundsätzlich gegen den Wohnungsbau in dieser Stadt. Herr Buchholz! Diese lächerliche Diskussion habe ich mit Ihnen schon mehrfach geführt und Ihnen immer wieder gesagt: Natürlich ziehen Leute in diese Stadt, und natürlich brauchen wir neue Wohnungen. Die brauchen wir im Bestand, aber die brauchen wir auch im Neubau, und darüber führen wir eine fachliche Diskussion. Aber Schritt Nr. 1 ist doch, dass ich mir dann anschau: Welche und wie viele Wohnungen brauche ich? Da kommt man unter dem Strich immer zu zwei Stichwörtern: erstens bezahlbare und zweitens kleine Wohnungen. Diese Wohnungen brauchen wir für die Studenten, deren Anzahl immer mehr zunimmt, für die älteren Menschen, von denen wir immer mehr haben werden, und für eine allgemeine Versingelung der Haushalte. Schau ich mir dann aber die durchschnittlichen Wohnungsflächen an, dann sind das keine kleinen Wohnungen, sondern im Durchschnitt Wohnungen mit einer Wohnfläche von 90 bis 120 qm. Das bedeutet: Wenn ich 50 Prozent davon klein ansiedle, dann fallen die anderen 50 Prozent sehr groß aus. – Zum Thema bezahlbare Wohnungen sage ich jetzt mal nichts, aber auch da fehlt bis heute das entsprechende Konzept.

Sie sagten, der Masterplan solle diskutiert werden. – Es wäre schön, wenn wir das tun würden. Wir tun das heute – mit mehr als einem halben Jahr Verspätung – das erste Mal nach der Vorstellung des Masterplans gegenüber der Öffentlichkeit. Das Parlament hat sich somit bisher überhaupt noch nicht damit beschäftigt. Gleichzeitig haben wir aber Bebauungsplanentwürfe, die schon im Verfahren vorangetrieben wurden, wo in der Vorstellung vor zwei Wochen im Flughafengebäude gesagt worden ist, dass noch alles offen ist. Ich weiß nicht, ob es zwei oder drei Felder sind, aber von hier könnte man sagen, dass bei zwei von diesen roten Kästchen am Tempelhofer Damm noch nicht klar ist, ob es M 1 oder M 2 wird. Entschuldigung, aber eine offene Planung stelle ich mir anders vor als die Frage, ob es nun dieses oder jenes Mischgebiet ist. Wir wären alle gut beraten, zu sagen: Mit Sicherheit wäre es richtig, wenn die Verwaltung ein eigenes Konzept vorlegt. Die Planungen müssen für alle Teilbereiche weitergehen, und das muss auch in enger Abstimmung mit Herrn Steindorf und der Tempelhofer Projekt GmbH erfolgen, aber im Moment haben wir ein demokratisches Beteiligungsverfahren, das unabhängig von den Veranstaltungen des Senats läuft, und das ist ein Volksbegehren in der zweiten Stufe. – Ich komme zum Schluss und bin der Meinung, dass man eigene Konzepte zur Diskussion stellen muss, aber dann darf man die Diskussion auch nicht dadurch verhindern, dass man mit den eigenen Planungen so voranprescht, dass man gar keinen Einfluss mehr auf die Planung nehmen kann.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Gebel, bitte, Sie haben das Wort!

Silke Gebel (GRÜNE): Ich komme noch mal auf das Wasserbecken zurück, weil dieses Thema heute einen sehr großen Raum eingenommen hat. Das haben wir durch das Zwiegespräch von Herrn Heuser und Herrn Schmidt mitbekommen, weil – das hat Frau Kapek eben noch mal klargemacht – da ein akuter Handlungsbedarf besteht und die Frage im Raum steht: Wird der Senat Fakten schaffen, oder wird er unserem Antrag folgen, über den wir heute nicht abstimmen, aber den wir zumindest beraten, und erst mal die Baugenehmigung dafür zumindest zurücknehmen und ein Baumoratorium zu verhängen, damit man tatsächlich die richtigen Schritte in der Beteiligung vornehmen kann, um keine Fakten zu schaffen und die Bevölkerung nicht zu übergehen?

Einige kurze Punkte aus unserer Sicht zu diesem Regenwasserbecken: Wir haben das Thema Regenwasserbecken zwar nicht im Detail, aber als Projekt schon häufiger in diesem Ausschuss besprochen, und zwar in den Haushaltsverhandlungen. Wir hatten dieses Thema im Umweltentwicklungsprogramm immer unter dem Punkt „Dezentrales Regenwassermanagement“. Ich habe das in der Diskussion immer so verstanden, dass wir auch fraktionsübergreifend ein Interesse daran hatten, hier ein wegweisendes Projekt zu unterstützen. Deswegen fließen alle Gelder, die dort eingestellt sind, in dieses Regenwasserbecken. Aber selbst das reicht nicht aus, um es zu finanzieren, weil der Design- und Happeningfaktor im Vordergrund stehen. Da finde ich es schade, dass man in diesem Ausschuss keine Alternativen mit einer fachlichen Unterlegung diskutiert hat. Das hätte man im Ausschuss oder in der Öffentlichkeit machen können. Aus ökologischer Sicht wäre ein weitaus kleinerer Eingriff in dieses Feld möglich gewesen. Ein Mulden-Rigolen-System folgt den Versickerungsläufen des Wassers. Da verstehe ich jetzt nicht, wie Sie auf die 1,6 Hektar größere Fläche kommen, die Sie angesprochen haben.

Grundsätzlich halte ich es für eine spannende Geschichte zu überlegen, wie ich auf einer Parkfläche den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger – das hat Frau Lüscher angesprochen – nach Wasserflächen, nach Erholungsflächen am Wasser in das Bedürfnis, hier ein naturnahes Regenwassermanagement zu ermöglichen, integrieren kann, um aus dem Ganzen quasi ein Leuchtturmprojekt, mit dem Berlin zeigen kann, dass in einer Metropole Regenwassermanagement naturnah mit Versickerungsflächen stattfinden kann. Das, was hier passiert ist, ist eine Verknüpfung von ökologischem Regenwassermanagement mit einem so großen Flächenverbrauch, wie wir ihn haben, sodass das kein Leuchtturmprojekt mehr ist. Ich finde es schade, dass Berlin da wieder einmal hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben ist. Deswegen meine Frage: Werden wir hier noch mal eine sachliche Diskussion darüber führen, wie dezentrales Regenwassermanagement aussieht und was dessen ökologischer Nutzen ist, oder schaffen Sie nächste Woche einfach mit dem Bagger Fakten, womit dann die heutige Diskussion leider für die Katz wäre?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Lompscher!

Katrin Lompscher (LINKE): Auch ich danke zunächst mal den Anzuhörenden und dem ungewöhnlichen Charakter dieser Anhörung. Ich hatte fast den Eindruck, als wären wir bei Gericht, aber das fand ich sehr erhellend. Trotzdem sind ein paar Fragen offengeblieben, und die will ich mal stellen.

Bezüglich des Regenwasserbeckens: Ich habe verstanden, dass da ein Tiefbrunnen erforderlich ist, weil es Zeiten geben kann, in denen das Wasserbecken sonst nicht voll genug ist. Ist das so?

Zweitens: Herr Schmidt sagte, dass das Regenwasserbecken gar nicht ausreichen würde, um das gesamte Regenwasser aufzunehmen. Was passiert denn dann mit dem restlichen Regenwasser, wenn das Becken gar nicht ausreicht?

Sie haben – drittens – nichts zu der Perspektive des alten Regenwasserrückhaltebeckens am Columbiadamm gesagt. Das ist nicht geklärt, und deshalb hätte ich gern eine Antwort dazu.

Viertens – zu dem dezidierten Hinweis von Herrn Müller, dass wir von der Opposition Sie nicht immer dafür kritisieren sollen, dass Sie etwas machen, und wenn Sie nichts machen, dann kritisieren wir Sie auch – möchte ich Folgendes klarstellen: Es ist notwendig und die Aufgabe der Verwaltung und Ihre persönliche Aufgabe, die Vorstellungen, die Sie haben, darzustellen. Es ist aber dann notwendig und redlich, darüber die öffentliche und politische Diskussion herzustellen, da kann ich mich hundertprozentig Frau Kapek anschließen. Wenn wir jetzt gesagt bekommen, dass das mit dem FNP parallel läuft, dann stelle ich hier fest: Es läuft nicht parallel, sondern die frühzeitige Beteiligung zu zwei Bebauungsplänen ist vorgezogen, mit einem erheblichen Eingriff und erheblichen Auswirkungen. Ob und wann die FNP-Änderungen starten werden und wie der Diskussionsverlauf Einfluss nehmen wird auf die Bebauungspläne, das können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht wissen. Deshalb finde ich die Reihenfolge grundsätzlich falsch. Das sage ich sehr deutlich, und ich finde nicht, dass das durch Ihre Aussagen in irgendeiner Form geheilt worden wäre.

Die von Herrn Gothe im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde abgegebene Darstellung, dass die Planungszelle zunächst stattfinden soll, führt mich zu der Frage: Was ist jetzt Gegenstand dieser Planungszelle? Soll sie sich mit den Planungsvorschlägen aus den Bebauungsplänen beschäftigen? Soll sie sich mit der Parkplanung beschäftigen? Soll sie sich mit der Gesamtentwicklung beschäftigen? Womit soll sie sich beschäftigen? Wann genau soll sie stattfinden? Wie wird sie fachlich begleitet, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in der Lage sind, Planungsregeln, die Herr Heuser dienstvoll nannte, um nämlich tatsächlich eine Gesamtabwägung herzustellen und zu einer abgeschichteten – sprich vom Abstrakten zum Konkreten – Planung zu kommen? Wie werden die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, damit sie das machen können? Wie wird dann das Ergebnis im Abgeordnetenhaus, in der Öffentlichkeit diskutiert?

Nächster Punkt: Es wird darauf hingewiesen – insbesondere Herr Buchholz sagte es –, dass wir überhaupt nicht über die Sport- und Erholungsnutzungen reden, die hier geplant sind und welcher Erschließungsbedarf dort eventuell besteht. – Das gesamte Feld wird für Sport und Erholung genutzt – zum jetzigen Zeitpunkt. Deshalb kann ich nicht erkennen, dass wir darüber nicht reden, sondern diejenigen, die sich für eine integrierte Planung einsetzen, und zwar möglichst in der richtigen Reihenfolge, haben genau den Sport- und Erholungscharakter des gesamten Felds vor Augen. Ich verhehle nicht, dass auch in unserer Fraktion eine Diskussion darüber geführt wird, ob und in welchem Umfang Bauflächen am Rand des Felds erschlossen werden können und sollen, aber das kann man nicht mal einfach so festhalten, sondern man muss sich diesen Dingen mit großer Sorgfalt nähern. Da stellen wir fest, dass gerade das Quartier Südring am wenigsten für bauliche Entwicklung geeignet ist. Abgesehen davon, dass

man dort vielleicht Gewerbe unproblematisch unterbringen könnte, ergeben sich dermaßen viele Fragen, die damit im Zusammenhang stehen. Im Übrigen haben wir in Berlin gerade keinen Mangel an gewerblich nutzbaren Flächen. Wir werden spätestens – falls es jemals dazu kommt – mit der Aufgabe des Flughafens Tegel in dessen Umfeld gewerbliche Flächen im Überfluss haben – aber das nur am Rand. Ich denke, das Areal Südquartier ist am ehesten nachrangig zu betrachten und am wenigsten für eine Bebauung geeignet.

Wenn wir über den Tempelhofer Damm reden, dann tut es mir schon weh, dass es offensichtlich nicht möglich war, über die ZLB im Bestandsgebäude zu reden und zur ZLB belastbare Prüfungen der Alternativstandorte vorzulegen. Sie wissen genau, dass das, was seinerzeit vorgelegt wurde, eigentlich nur mit dem Etikett versehen war: Der Nutzer will einen Neubau, und deshalb geht das andere nicht. Dass wir das Projekt ZLB als Bildungseinrichtung positiv bewerten, ist allgemein bekannt, und deshalb haben wir dazu auch eine etwas andere Auffassung als die Grünen. – Das muss ich hier deutlich sagen, damit sich in der öffentlichen Debatte kein Irrtum festsetzt. – Wir finden schon, dass die ZLB einen Zentralstandort braucht. Wir sind über den Verlauf der Planung alles andere als glücklich und haben schon in den Haushaltsplanungen auf die Kostenrisiken hingewiesen. Es ist klar, dass die 270 Millionen Euro, die jetzt in Rede stehen, auf gar keinen Fall ausreichen werden.

Vorletzter Punkt – zum Wohnbaupotenzial: Sie sagten, wir müssen dieses Wohnbaupotenzial beachten. Ich habe immer noch keinen Senatsbeschluss über den Stadtentwicklungsplan Wohnen gesehen und nehme an, dass er noch nicht stattgefunden hat, sonst wüsste ich das. Was ich aber weiß, aus der Diskussion über die Entwürfe, ist, dass wir in der gesamten Stadt erhebliche Wohnbaupotenziale in unterschiedlichster Qualität haben – ob im Stadtentwicklungsplan, ob in den Planwerken oder in den bezirklichen Konzepten. Es ist nicht so, dass das Tempelhofer Feld das einzige Wohnbaupotenzial dieser Stadt wäre und wir ohne das Tempelhofer Feld nicht in der Lage wären, den Bedarf dieser Stadt zu decken. Vor diesem Hintergrund finde ich die Diskussion nicht besonders überzeugend.

Zu zwei Punkten ist überhaupt noch nichts gesagt worden. Deshalb möchte ich die Stichwörter dazu nennen und den Anzuhörenden anheimstellen, etwas dazu zu sagen. Das Thema Gedenken und authentische Gedenkorte wurde heute überhaupt noch nicht erwähnt und der Planungsstand zum S-Bahnhof Oberlandstraße ebenfalls nicht.

Meine letzte Frage betrifft die Landform. – Herr Schmidt sprach von der existierenden Bodenbelastung des Erdaushubs. Ich habe es so verstanden, dass dieser Erdaushub zur Herstellung der Landform verwendet werden soll. Ist das korrekt? Ist das überhaupt umwelttechnisch sinnvoll und möglich? Ist diese Landform auch dazu gedacht, um die Abgrenzung eines sogenannten Eventbereichs im Freiraum zu ermöglichen? Wenn ja: Was für eine Art der Abgrenzung, Absperrung und Veranstaltungsort stellen Sie sich dort vor? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke! – Herr Evers!

Stefan Evers (CDU): Vielen Dank! – Ich möchte mich nicht in einer Fortsetzung der grundsätzlichen Auseinandersetzung und Abgrenzung zwischen Koalition und Opposition verlieren. Das hat uns jetzt schon reichlich und allemal mehr Zeit gekostet, als einer Anhörung eigentlich angemessen wäre. Trotzdem bewegen mich zu den heute diskutierten Sachverhalten, die sehr umfangreich sind, ein paar Fragen, zu denen ich gern Antworten hätte.

Zum einen ist eben in Sachen Wasserbecken davon die Rede gewesen, dass wir es – jedenfalls in der Bewertung durch Grün Berlin – in unserer Stadt mit einem naturschutzfachlichen Ausgleich zu tun haben. Herr Heuser hatte das scharf kritisiert, unter Verweis auf bundesgesetzliche Regelungen und Definitionen. Mich würde interessieren, was jetzt genau ausgeglichen wird, ob es die Eingriffe durch den Rundweg sind oder ob es andere Eingriffe sind und wie – bezogen auf die rechtliche Argumentation von Herrn Heuser – die Argumentation von Grün Berlin und der Senatsverwaltung aussieht.

Angesichts dessen, dass das nach meiner persönlichen Einschätzung – auch wenn das hier sehr dezidiert vorgetragen wurde – mehr ist als ein rein technisches Bauwerk, das auch eine Reihe von zusätzlichen Nutzeffekten hat und angesichts seiner Dimension ein Eingriff in die Landschaft mit doch erheblicher Tragweite ist, würde mich interessieren, welche partizipativen Elemente es denn gab. Mein Eindruck ist, dass – zumindest im Ergebnis – die Überzeugungsarbeit offensichtlich nicht gelungen ist. Das heißt, um bewerten zu können, was dort möglicherweise in der Vorbereitung, in der Kommunikation dieses Bauwerks schiefgelaufen ist, würde ich gern hören: Was waren die Beteiligungs- oder Informationsschritte im Vorlauf der Baumaßnahme, die wir jetzt in Sachen Wasserbecken zu erwarten haben?

Herr Schmidt machte die Bemerkung, dass der Rundweg gemeinsam mit Naturschützern erarbeitet wurde. Mich würde interessieren, welche das waren und wann und in welcher Form diese Beteiligung stattfand.

Von der Senatsverwaltung würde ich gern hören, wie von Ihnen die Beteiligungserfordernisse bei Planungen im Außenbereich, die vom BUND lautstark publiziert wurden, gesehen und bewertet werden. – Auch würde mich vom Senat oder von Grün Berlin eine kurze Äußerung dazu interessieren, in welcher Weise und in welchem Umfang die Grundwassernutzung geplant ist, also wann sie tatsächlich erforderlich ist und in welchem Volumen sie anfele. – Auch das war ein Thema in einer der Äußerungen.

Außerdem würde mich interessieren, inwieweit eine Verschiebung der Baumaßnahme Auswirkungen auf die Finanzierung hätte. Also, wenn man im Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt dazu käme, beispielsweise nach einem etwas ausgedehnteren Beteiligungsverfahren, wie es vielen hier vorschwebt, und auch mir fehlt es da nicht an Sympathie: Welche Auswirkungen hätte das auf die Finanzierung des Vorhabens, wenn man im Ergebnis dazu käme, es so zu wollen?

Zur allgemeinen Planung wüsste ich gern, was genau unter einer Planungszelle zu verstehen ist, die vielfach erwähnt wurde. Ich glaube, auch die anwesende Öffentlichkeit interessiert sich dafür, was das dahinter stehende Konzept ist. – Außerdem interessiert mich, inwieweit das Bürgergutachten eine erkennbare Relevanz für den weiteren Fortlauf der Planungen entfalten wird und warum in diesem Fall auf eine zufällige Bürgerauswahl gesetzt wurde und nicht – wie wir es beispielsweise bei einem Format wie dem Forum „Stadtspreet“ erlebt haben – auf eine Art repräsentativer Auswahl von Stakeholdern, um mit ihnen den Planungsstand zu diskutieren.

Ferner würde mich interessieren, inwieweit die Senatsverwaltung das Thema Konfliktkosten in ihre Partizipationserwägungen und -planungen einbezieht. Welche Risiken werden dadurch gesehen, dass man sich gewissermaßen doch sehr offensiv mit seinen Vorstellungen in die

Planungsvorbereitungen begibt? Bringt das mit Blick auf den anstehenden Bürgerentscheid ein gewisses Risiko mit sich, dass dessen Inhalt sehr absolut gesetzt ist und – anders als der Planungsstands zur Tempelhofer Freiheit – kein dynamischer ist, der ist ja work in progress? Bedeutet das ein unnötiges Risiko?

Von Herrn Steindorf wüsste ich gern, inwieweit wir auf dem Weg zu einem Zentrum für Unternehmensgründungen und Kreativwirtschaft weitergekommen sind. Ich hörte, dass es in jüngerer Zeit erfreuliche Meldungen zu Neuvermietungen gab. Außerdem würde mich interessieren, wie es aktuell um den Finanzierungsbedarf für die Sanierungsmaßnahmen bestellt ist. Auch dazu hatten wir hin und wieder Meldungen aus der Presselandschaft zu entnehmen – dazu hätte ich gern eine kurze Bewertung. Damit geht natürlich auch Ihre Bewertung der Ausstattung einher, die im Landeshaushalt für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen im baulichen Bestand vorgesehen ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Prieß, Sie sind der Nächste!

Wolfram Prieß (PIRATEN): Danke! – Viele Dinge sind schon angesprochen worden, die möchte ich nicht wiederholen. – Zunächst unser Statement zum Vorgehen der Planung: Wir finden es positiv, dass die Änderungen des Flächennutzungsplans erst mal warten sollen, bis das Volksbegehren abgeschlossen ist. Gleichzeitig finden wir es unglücklich, dass die B-Planverfahren schon weitergetrieben werden. Da stimmt – nach unserer Auffassung – einerseits die Reihenfolge nicht so richtig. Der Flächennutzungsplan ist natürlich die Grundlage für die B-Pläne. Deswegen kann man die Beschlussfassung nicht erst sechs Monate später machen, sondern eigentlich hätte auch schon die frühzeitige Bürgerbeteiligung zurückgestellt werden müssen, bis das Volksbegehren abgeschlossen ist und die Flächennutzungsplanänderungen vorliegen.

Der Senat hat ausgeführt, dass es schon viele Beteiligungsformen gegeben hat. Welche Ergebnisse aus der Bevölkerung sind in den Masterplan oder in die B-Pläne eingeflossen? Welche konkreten Änderungsvorschläge sind von den Bürgern gekommen? Sie hatten einerseits die Wasserfläche angeregt, das haben wir verstanden, aber welche weiteren Anregungen aus der Bevölkerung sind in diese Planungen eingegangen?

Die Beteiligungsform ist zum größten Teil ein bisschen schwierig, da sie nicht ergebnisoffen gewesen ist, sondern die Planungen – soweit sie vorhanden waren – dort vorgestellt wurden. Zur Änderung in der Entwicklung des Plans: Wir haben während der Legislatur verfolgt, dass sich der Masterplan dort ein bisschen entwickelt hat, aber ein Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung war für mich oder für uns nicht zu erkennen.

Dann noch eine konkrete Frage zur Landform: Nachdem wir feststellten, dass die Landform aus Natur- und Umweltschutzgründen eher ein bisschen problematisch ist, frage ich nach dem konkreten Zweck dieser Landform und was die dort eigentlich bewirken soll.

Meine letzte Frage bezieht sich auf die Sportflächen. – Die neu anzulegenden Sportflächen im Südosten des Feldes liegen nach unserer Information auf ehemaligen Mülllagerflächen und könnten umwelttechnisch kontaminiert sein. Mich interessiert, wie da der Informationsstand ist und welche Maßnahmen nötig sind, um das zu ändern.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Einige meiner Fragen sind ebenfalls schon von Kollegen gestellt worden, aber trotzdem sind noch einige übrig geblieben. Mich interessiert als Erstes die Auswahl der beiden B-Pläne, also die 70 und 71. Was hat aus Senatssicht dazu geführt, dass diese beiden zuerst in die Beteiligung gehen und nicht die anderen, obwohl immer erst – nach Informationen aus allen Richtungen – der Wohnungsbau und der Sport eine herausragende Rolle spielen soll? Bei den jetzt vorliegenden B-Plänen spielen diese beiden aber eine eher untergeordnete Rolle – zumindest wenn man sich dort den prozentualen Anteil für die Wohnbauflächen anschaut. Meine nächste Frage: Welche zeitliche Einordnung stellen Sie sich für die beiden noch offenen B-Pläne vor, abgesehen davon, dass uns der FNP jetzt noch nicht vorliegt.

Was mich weiter interessiert, das ist die Einbeziehung der Bezirke. Wir haben jetzt einen Bezirksstadtrat aus Tempelhof-Schöneberg bei uns. Wie sind Sie als Bezirk in diese Arbeitsschritte eingebunden worden, insbesondere bei der Frage nach den notwendigen Investitionen, die offensichtlich bei allen Schulstandorten – von der Grundschule bis zur Oberschule – erforderlich sind? Welche Zusagen haben Sie in dieser Hinsicht zu den notwendigen Investitionen getroffen? Wie ist die Stimmung in den BVVen – Sie können jetzt nur von einer sprechen – zu den Verfahren, die gegenwärtig stattfinden?

Außerdem interessiert mich noch der Umgang mit den Kleingärtnern – das ist schon am Rand angesprochen worden. Ursprünglich war mal im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen explizit vorgesehen, gemeinsam mit den Kleingartenverbänden und den Betroffenen in den Anlagen zu sprechen. Wie hat sich das an diesem Standort abgespielt? Wo und mit welchem Ziel werden welche Gespräche geführt?

Was passiert mit den Flächen? Ganz abgesehen davon, dass ja zurzeit auch die Diskussionen über die biologische Vielfalt laufen, für die die Kleingärten eine besondere Bedeutung haben, und immer wieder darauf hingewiesen wird, wie wichtig und wertvoll diese Flächen für unsere Stadt sind. An dieser Stelle scheint das eher untergeordnet zu sein, zumal aus dem Gutachten diesbezüglich nur wenig hervorgeht.

Dann noch mal zu den Pioniernutzungen, also eine Frage an Herrn Steindorf: Die sind ja in den letzten Jahren ganz offensichtlich auch Anziehungspunkt nicht nur für Bürger aus den angrenzenden Bezirken, sondern auch darüber hinaus gewesen. Welche Vorstellungen gibt es, diese Pioniernutzungen in attraktive ständige Nutzungen zu überführen, und wie werden sie sich auf diesem Feld zukünftig wiederfinden, gerade an den Stellen, wo jetzt schon die Bagger stehen?

Interessieren würde mich noch: Die erste, frühzeitige Beteiligung ist ja seit Freitag abgeschlossen. Wie viele Bürger und Bürgerinnen, Vereine oder Sonstige haben bei dieser frühzeitigen Beteiligung mitgemacht, und wie stellen Sie sich die Auswertung dieser Einwendungen, Hinweise und Anmerkungen vor? Wann werden wir als Abgeordnete davon in Kenntnis gesetzt, wo die Schwerpunkte dieser Hinweise lagen? Wie werden Sie damit umgehen?

Zum Abschluss die Frage nach den Schlussfolgerungen, die Sie jetzt schon ziehen konnten aus den Erlebnissen bei den Stadtteilwerkstätten vor Ort, wo ja eindeutig ist – ich bin ja selbst bei mehreren vor Ort gewesen –, dass es keine Beteiligung in dem Sinne ist, dass man in den Dialog tritt, sondern dass es eher Informationsveranstaltungen waren. Wie werden Sie diese Art der Information vor Ort fortsetzen? Wann wird es zu einem ordentlichen Dialogverfahren kommen, wo man als Bürger nicht das Gefühl hat, – das Wort ist teilweise vor Ort auch so gefallen – „verarscht“ zu werden?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Grosse schließt die Reihe der Kollegen ab.

Burgunde Grosse (SPD): Ich habe eine kurze, konkrete Frage, und zwar geht es um Flächen für Volksfeste. Die Bitte des Berliner Schaustellerverbands ist ja, denke ich, bekannt, dort eine Fläche zu erhalten, auf der das deutsch-amerikanische Volksfest abgehalten werden kann. Wie sehen Sie das? Besteht vielleicht die Möglichkeit einer Zwischennutzung?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke! – Herr Müller!

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm): Einige der detaillierten fachlichen Fragen werden sicherlich noch von Herrn Steindorf und Herrn Schmidt beantwortet. Ich möchte aber auf ein paar Dinge eingehen. Ich beginne mit der letzten Frage nach den Schaustellern. Ich glaube, Herr Steindorf und ich können gemeinsam ein Lied davon singen, dass wir jeden Tag – kann man beinahe sagen – diverse Anfragen für die unterschiedlichsten Nutzungen auf der großen freien Fläche haben, von Rockfestivals über Autorennen und Campingmöglichkeiten bis hin auch zur Anfrage der Schausteller. Wir sind uns da sehr einig – alle Beteiligte, auch mit Grün Berlin –, dass wir sehr restriktiv mit diesen Anfragen umgehen und nur einen Bruchteil dessen zulassen, was da gewünscht ist, aus zwei Gründen: Erstens wollen wir diese große freie Fläche eben auch wirklich erhalten als Freizeit- und Sportangebot für die Berlinerinnen und Berliner. Diese Fläche soll nicht angeknabbert und dauerhaft genutzt werden für irgendwelche Festivals, Veranstaltungen und Konzerte. Zum Zweiten – das sage ich, auch

wenn einige dann immer zusammenzucken –: Es gibt mit Sicherheit ein paar Anfragen, die man zulassen könnte, aber die wären erfolgreich und würden sich dann auf dem Feld verselbstständigen. Wenn ich ein Volksfest zulasse, das deutsch-amerikanische Volksfest, warum dann eigentlich nicht drei oder vier Volksfeste? Wenn ich es einmal zulasse, warum dann eigentlich nicht dauerhaft? Dann kommen wir in eine ganz andere Diskussion. Dann haben wir ein echtes Problem. Dann geht es nicht darum, sensibel mit der Fläche umzugehen und genau zu gucken, was für ein Angebot wir für Berlin auch auf dieser Fläche brauchen – z. B. Grün, Freizeit, Erholung und Wohnen –, sondern dann geht es auf einmal los, dass sich diverse Nutzungen dort verstetigen. Dafür – ich sage es offen – ist mir die Fläche zu schade. Insofern bin ich auch mit dem Schaustellerverband und vielen anderen im Gespräch und bemühe mich, andere Flächen zu finden und anzubieten, weil diese Sachen natürlich alle ihre Berechtigung haben. Aber ich bin sehr zurückhaltend mit schnellen Zusagen, was solche Nutzungen angeht.

Pioniere – das ist ein schöner Übergang –: Am Montag früh war ich bei einigen Pionieren, habe mir das vor Ort angeguckt und auch mit denen gesprochen. Es ist allen vor Ort klar, dass das eine zeitlich befristete Sache war und ist. Ich finde, die Pioniere haben auch ein Recht darauf, dass man ordentlich mit ihnen umgeht, dass sie in der Zeit, wo sie auf dem Feld sind, eine Darstellungsmöglichkeit haben und eine Planungssicherheit bekommen, ob es 2014, 2015 oder wann auch immer ausläuft. Aber dass auch an dieser Stelle schon wieder von Verstetigung gesprochen wird, tut mir leid, das war und ist nicht das Konzept. Es war und ist eine temporäre Nutzung, die dort geplant ist, und ich bitte darum, dass es dann auch praktisch begleitet wird in dem Sinne, wie eine gute temporäre Nutzung auf dem Feld dargestellt werden kann.

S-Bahnhof: Sie wissen alle, was das für schwierige Diskussionsprozesse mit der Deutschen Bahn sind. Aber natürlich ist die Infrastruktur für die Wohnquartiere, die sich entwickeln, von entscheidender Bedeutung. Auch der Schulstandort, Frau Kapek, ist vorgesehen, und zwar unten angrenzend an das Quartier Oderstraße. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, egal ob in Tempelhof oder woanders: Wenn wir Wohnquartiere mit z. B. 1 500 Wohnungen planen und da 4 500 Menschen wohnen, dann muss ich eine entsprechende ÖPNV-Anbindung, ein entsprechendes Bildungsangebot usw. haben. Das gehört dazu, und das wird von unserer Seite natürlich mitgeplant.

Herr Evers hat gefragt: Warum Bürgergutachten mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus dem ganzen Stadtgebiet, und warum nicht Gruppen oder Institutionen, die da ohnehin fachlich mitwirken können? Wir machen das in unterschiedlichen Formaten. Wir haben diese Institutionen und Fachleute z. B. in den Nutzerbeirat für das Parkgelände eingebunden. Da ist es in dieser Form organisiert. Wir sind mit dem Bürgergutachten einen anderen Weg gegangen und haben gesagt: Das ist schon etwas, wo wir auch noch mal breiter einladen und ein anderes Meinungsspektrum haben wollen. – Wir bemühen uns auch – ich finde, es ist überhaupt nicht schädlich, das auch zuzugeben –, ein Gefühl für das richtige Format zu bekommen und nutzen so viele Multiplikations-, Informations- und Darstellungsmöglichkeiten wie möglich, also die unterschiedlichsten Formen spielen eine Rolle.

Noch ein Punkt, der mir sehr wichtig ist: Ich finde es wirklich erstaunlich, wie dieses herausragende Gelände hier doch eingeordnet wird. Insgesamt ist das ja eine Freifläche von ca. 380 ha, und wir reden hier anderthalb Stunden über 3 ha Wasserbecken. Das ist schon eine dolle Nummer. Über ein Prozent der Fläche reden wir uns hier besoffen. Das ist wirklich er-

staunlich, weil man sich mal angucken muss, was dieses Feld eigentlich für die Stadt bedeutet. Bis 2008 konnte da niemand einen großen Zeh drauf setzen. Bis 2008 war das Niemandsland für die Stadt. Seit 2008 haben wir es als Stadtfläche für die Bürgerinnen und Bürger gewonnen, von heute auf morgen 230 ha Freifläche, die dauerhaft erhalten bleiben, die wir für Naherholung, Sportangebote usw. nutzen werden, und wir werden noch 4 500 Wohnungen bauen, und wir haben Eventflächen, die im Übrigen die Berlinerinnen und Berliner auch genießen und die gut angenommen werden usw. Wir sollten darüber reden, wie wir diese Fläche in einem stadtentwicklungspolitischen Sinn für die Stadt gestalten und uns nicht wegen einem Prozent der Fläche verrückt machen lassen.

Zum Wohnungsbau: Frau Lompscher! Das ist nicht irgendetwas mit dem Wohnungsbau. Sie haben recht, es gibt viele Flächen in der Stadt, und Sie wissen auch, dass wir all diese Flächen auch angehen. Es ist nicht so, dass wir sagen: Wir machen in Tempelhof etwas, und dann sind uns Adlershof, Lichterfelde und Heidestraße und Tegel völlig egal, und Lückenschließungen sind uns egal, und Brachen zu bebauen ist uns egal –, sondern überall gehen wir die möglichen Wohnungsbaustandorte an. Sie kennen die Karte mit den 25 Flächen mit den größeren Wohnungsbaustandorten in der Stadt. Tempelhof ist aus einem besonderen Grund hier von herausragender Bedeutung: Es ist die einzige größere städtische Fläche, die uns für Baumaßnahmen zur Verfügung steht – in diesem Umfang zumindest. Das andere sind private Flächen. Und wenn – davon gehe ich aus – Sie unseren Anspruch teilen, dass wir gutes, soziales und bezahlbares Wohnen in der ganzen Stadt in allen Quartieren sicherstellen wollen, dann müssen wir diese städtischen Flächen einbeziehen. Wir haben diese städtischen Flächen nicht verhökert – auch das könnte ich jeden Tag machen, auch dazu kriege ich jeden Tag einen Brief – an irgendeinen privaten Projektentwickler, sondern gesagt, unsere Landesinstitutionen sollen in Kooperation mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften entwickeln, weil wir eben mit dieser großen öffentlichen Fläche auch verantwortungsvoll umgehen wollen. Eine Wohnungsbaugesellschaft kann auch nicht für drei Euro bauen, und die können die Fläche hinterher auch nicht verschenken. Das wissen wir alle miteinander. Aber Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften stehen für eine andere Mietenentwicklung und eine andere Stabilität und Nutzung, als es irgendwelche Privaten tun, die auf Gewinnmaximierung aus sind. Deswegen haben wir mit diesen Partnern den Vorschlag für eine Wohnbebauung gemacht. Es ist wichtig, auch innerhalb des S-Bahnringes so ein Angebot machen zu können und nicht immer kühl zu sagen: Ist doch toll! All denen, die eine Wohnung haben, geht es doch gut, und die anderen sollen sehen, wo sie bleiben. Auf den Rieselfeldern ist ja noch Platz! – Es ist unsozial, so etwas zu formulieren.

Abschließend von meiner Seite: Was die Bürgerbeteiligung und die Ernsthaftigkeit angeht, weise ich genauso ernsthaft zurück, wie Sie wahrscheinlich den Vorwurf gemeint haben, dass es keine Bürgerbeteiligung gibt und wir das nicht ernst nehmen. Frau Platta! Sie waren vor zwei Wochen genauso mit dabei wie einige andere hier aus der Runde auch. Ich stelle mich den Diskussionen, ich sage offen und ehrlich meine Meinung, und ich diskutiere da auch zwei, drei Stunden offen und ehrlich. Aber es muss auch erlaubt sein, dass ich meine Meinung vertrete und dass es auch darüber eine Auseinandersetzung gibt. Dass wir das ernst meinen, sehen Sie z. B. daran, dass wir auch Entscheidungen nach Bürgerbeteiligung getroffen haben in dem Sinn – was Sie offensichtlich alles schon als selbstverständlich abgehakt haben –, dass z. B. das Columbia-Quartier nicht kommt, dass z. B. wesentliche Teile der Parkgestaltung nicht kommen. Da war mal ein Berg geplant, da war mal eine ganz andere Durchwegung geplant, da waren mal Zufahrten geplant. Die habe ich alle gestrichen, und zwar nicht, weil ich

nachts eine Eingebung hatte, Frau Platta, und dachte: Mensch, wir lassen's mal mit dem Berg! –, sondern das ist Ergebnis von Bürgerdiskussionen. Da haben viele Leute gesagt: Tickt ihr noch richtig? Das brauchen wir nicht auf der Fläche. Wir brauchen was für Fahrradfahrer, wir brauchen eine Wasserfläche, wir brauchen was, wo man sich mal hinsetzen kann, aber einen Berg brauchen wir nicht! – Deswegen ist es gestrichen worden. Genauso war es beim Columbia-Quartier. Dann zu sagen, das ist alles nicht ernst gemeint und Bürgerverarschung, ist etwas, was ich genauso ernsthaft auch zurückweise.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Müller! – Dann würde ich jetzt die Anzuhörenden bitten, zu den Anregungen Stellung zu nehmen. – Herr Heuser, bitte!

Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.): Ich glaube, die heutige Situation hat wunderbar gezeigt, wieso mein Plädoyer für eine abgestufte Planung so wichtig war. Wir haben, wie Herr Müller festgestellt hat, alles diskutiert vom Grundsatz bis zum Wasserbecken etc. Deshalb ist der entscheidende Punkt: Die Planung muss anständig strukturiert werden, und das ist eben derzeit nicht der Fall. Wenn Sie über Bebauungspläne diskutieren – deshalb ist die Veranstaltung auch gesprengt worden –, wollen die Leute erst mal auch über das Grundsätzliche diskutieren. Natürlich hat es dann, wenn grundsätzliche Entscheidungen vom Abgeordnetenhaus getroffen wurden – aber nicht im Vorfeld als alternativlose Vorgabe eines Masterplans – eine Verbindlichkeit, wo man dann auch sagen kann: Auf der Basis finden die Diskussionen jetzt erst mal eher im Detail statt. – Das ist genau der Unterschied zwischen Masterplan- und Flächennutzungsplandiskussionen und der konkreten Diskussion über die Baugebiete. Deshalb ist diese Abschichtung so wichtig, sonst diskutieren wir immer durcheinander und kommen nie zu einem Ergebnis.

Jetzt kommen wir zu Herrn Buchholz mit dem Bauen. Ich habe gesagt, man muss darüber diskutieren, aber man kann es nicht als Zwang setzen. Ein anderer Aspekt – Herr Müller hat es gerade betont –: Wenn Sie jetzt die 25 Standorte parallel entwickeln wollen, dann sagen Sie mir bitte, wo Sie das Personal dafür haben. Tut mir leid, ich sehe es derzeit nicht. Die Leute in der Senatsverwaltung – das ist eines der Probleme, das man hier deutlich merkt – haben z. T. nicht die Arbeitskapazitäten, um die Sachen so zu bearbeiten, wie es erforderlich wäre. Das heißt, da muss massiv aufgestockt werden, da müssen entsprechende Mittel strukturiert werden, gerade wenn Sie auch Bürgerbeteiligung machen. Sie können ja zeigen, dass Sie alle Flächen auch parallel entwickeln können. Wir haben im Rahmen des StEP Wohnen auch ganz klar gesagt: Natürlich gibt es Flächen wie z. B. den Bahnhof Wilmersdorf, Lichterfelde-Süd mit einer Randbebauung, Heidestraße etc., auch Flughafen Tegel, wo wir absolut offen sind für eine Teil- oder ähnliche Bebauung und uns in diesen Prozess, gerade in Lichterfelde-Süd z. B., einbringen, der, da es ja auch einen Masterplan gibt, viel stärker mit einer echten Bürgerbeteiligung funktioniert.

Hier kommen wir zu einem anderen Punkt: Natürlich wird viel gemacht, um mit den Bürgern zu reden, teilweise vielleicht sogar zu viel, denn man kann es gar nicht mehr überschauen. Aber wir haben auch hier das Kernproblem: Es wird informiert, dann dürfen die Bürger kommentieren, was aber dann damit passiert, wird nicht dokumentiert. Genau dieses ist der wesentliche Punkt formaler Verfahren. Im Flächennutzungsplan haben Sie eine Möglichkeit, die entsprechenden Sachen einzubringen. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, Sie setzen sich dann hin und wägen das Für und Wider von Planung ab, und jeder hat einen klar definierten Rahmen, wo er sich einbringen kann. Das bedeutet aber zunächst mal, offen für Alternati-

ven zu sein. Dann muss man eben auch hinterfragen, ob es wirklich Sinn macht, am Südring dieses bisschen Wohnungsbau da massiv voranzubringen, wenn das Gewerbegebiet ggf. gar nicht realistisch ist. Was soll der Wohnungsbausolitär? Ist das am Tempelhofer Damm, wo Sie auch erst mal Gewerbe als Lärmschutzriegel bauen wollen, überhaupt realisierbar? Dann noch die Frage: Wie wollen Sie in eine der höchstbelasteten Straßen Berlins, wo wir permanent Stau – auch nach dem Gutachten – und 50 Prozent Stop-and-Go haben, noch 4 000 bis 5 000 Autos reinbekommen? – Das sind alles Fragen, die an so einem Punkt diskutiert werden müssen, das Für und Wider muss endlich auf den Tisch gelegt werden und nicht immer dieses: Wir müssen hier jetzt unbedingt bauen, wir haben keine andere Möglichkeit. Vielleicht wäre es in dem Rahmen besser, wenn Sie die Polizeikaserne am Columbiadamm, 10 ha groß, schleunigst verkaufen und die Polizei im Flughafengebäude unterbringen. Da sitzt sie auch teilweise, da gibt es wunderbare Flächen für die Einsatzhundertschaften. Das können Sie relativ schnell verwirklichen. Wie Herr Hassemer, einer Ihrer Vorgänger, mal gesagt hat: Tempelhof ist schlicht und einfach ein grünes Juwel, das auch Optionen für zukünftige Generationen bieten muss. – Diesen Ausspruch finde ich hervorragend. Es müssen auch Menschen nach uns ggf. die Stadt noch weitergestalten können.

Deshalb nur ganz kurz noch zu dem anderen Punkt, Wasserbecken: Das Abgeordnetenhaus muss nicht über Treppenstufen diskutieren. Der Punkt ist nur: Warum macht eigentlich das Land die Planung? – Ansonsten machen es nämlich die Bezirke und die BVVs. Die diskutieren über Sitzkiesel und Einzelbäume usw. mit einer Tiefe, die dann aber auch genau in der Auseinandersetzung mit den Bürgern geführt wird. Das Abgeordnetenhaus muss nichts anderes machen, als dafür zu sorgen: Es gibt drei verschiedene Varianten, die werden auf den Tisch gelegt, die werden bewertet von verschiedenen Akteuren, und dann entscheidet das Abgeordnetenhaus, was unter diesen Umständen am besten ist. Deshalb zu den Kosten: Wenn eine Versickerungsmulde günstiger ist – nach dem Gutachten eine Million –, deutlich kleiner, als Herr Schmidt gesagt hat, nämlich 28 Meter breit, und es noch andere Systemmöglichkeiten gibt und diese Regenwassertonne – um es mal überspitzt zu formulieren, denn es ist ein abgedichtetes Wasserbecken – läuft über, wenn Wasser reinfließt, dann fließt es in den Versickerungsbereich. Ansonsten haben Sie das Problem, dass Sie das Wasser nachfüllen müssen, wenn es verdunstet. Über dieses Projekt kann man designtechnisch und landschaftsarchitektonisch diskutieren, das ist absolut okay. Sie wollen den Wasserspiegel auf 42,10 Meter über NN stabilisiert haben. Aber – wie gesagt, Sie können die Unterlagen demnächst selber im Netz nachlesen – dann ist doch schon auch die Frage zu stellen, ob die Priorität darauf liegt, vor allem, wenn ich mir überlege, dass es einen veritablen Koalitionskrach um 1,5 Millionen Euro für ein Stadtwerk gibt, aber nicht um 10 Millionen Euro für ein gestaltetes landschaftsarchitektonisches Wasserbecken. Wie soll ich sagen? – Das ist Ihre Aufgabe, deshalb gebe ich Sie Ihnen mit.

Abschließend zur Eingriffsregelung Bundesnaturschutzgesetz: Erholung ist ein absoluter Nebenzweck. Das dürften auch die Grün Berlin Stiftung und die Naturschutzverwaltung wissen, weil es sogar das Finanzamt Berlin festgestellt hat und nach dem Bescheid des Finanzamts aus der Satzung der Grün Berlin Stiftung die Erholungszwecke herausgestrichen werden müssen. Ansonsten diskutieren wir hier über die Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz, und die bezieht sich ganz klar auf Naturhaushalt einerseits, Landschaftsbild andererseits, und es geht um einen funktionalen Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt. Nach ständiger Rechtsprechung usw. geht es darum, dass Eingriffe in die Natur kompensiert werden müssen, also: Wenn Sie ein Biotop vernichten, müssen Sie woanders etwas schaffen. Sie können aber

nicht – deshalb haben wir hier die Landschaftsbildbeschreibung – bei der Freiflächenversorgung z. B. so vorgehen: Sie sehen plötzlich, hier geht es um die Zugänglichkeit und die Versorgung mit Grünflächen. Das ist jetzt die Bewertung aus dem Ausgleichsgutachten, die orangefarbenen Flächen sind zwei Punkte. Plötzlich ist da diese neue Infrastruktur – das können Sie selber nachvollziehen. Wieso wird die Freiflächenversorgung auf dem Tempelhofer Feld durch diese neuen Gestaltungselemente so viel besser, also Faktor 3, als es die vorhandenen sind, gerade auch die vorhandenen Landebahnen etc.? So kann man das ganze Gutachten durchgehen, und Sie sehen, wie da bewertet wurde, also wie der Landschaftsbildfaktor auch noch gegen alle Regeln der Kunst hochbewertet wurde, ganz im Widerspruch zur Rechtsprechung, zur Gesetzesbegründung zum Bundesnaturschutzgesetz etc. Deshalb führen wir auch genau diese Auseinandersetzung, weil wir da im Dauerstreit sind mit der Senatsverwaltung, auch schon historisch, und deshalb werden wir jetzt das Ganze über eine Klage klären lassen. Deshalb sage ich auch: Das können wir hier nicht klären. Da werden Sie von einer anderen Seite das Gegenargument hören. Deshalb klären wir das Ganze per Klage, dafür sind Gerichte da.

Ich stelle mich auch hin und entschuldige mich hier persönlich bei der Verwaltung – als Tagesordnungspunkt von mir –, wenn wir jetzt vollkommen danebenliegen. Ich erwarte dann aber auch, dass, wenn wir richtig liegen, überlegt wird, was für Konsequenzen das ggf. für weitere Verfahren etc. hat.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut! Das Obergerverwaltungsgericht wird es entscheiden. – Frau Bongartz!

Christiane Bongartz (Initiative 100% Tempelhofer Feld e. V.): Ich möchte noch mal explizit auf die Bürgerbeteiligung eingehen. Es ist ja schon mehrfach gesagt worden, dass die Bürgerbeteiligung eher informativer Art war. Sicherlich gab es auch Diskussionen. Z. B. bei den Bebauungsplänen hier sah die Bürgerbeteiligung folgendermaßen aus: Sie als Bürger sind hingegangen und haben sich diese Stelltafeln angeguckt. Dann lagen dort auf dem Tisch, wie x-beliebige Ausstellungskataloge in irgendeinem Museum, die einzelnen Gutachten. Die Konfliktpotenziale dieser Bebauungspläne sind nicht aufgezeigt worden. Wenn man sich den südlichen Bebauungsplan anguckt, gibt es dort das Konfliktpotenzial Lärm versus Frischluft. Wenn man den Gutachten folgt, kommen sie zu der Schlussfolgerung, dass man den ganzen Südbereich als einen Riegel bauen sollte, damit man den Lärm sozusagen beseitigen kann. Das ist einer der Vorschläge, die dort gemacht werden. Es werden übrigens dort auch Vorschläge gemacht, wie man die Abwägung tunlichst vornehmen sollte. Wenn man sich dann die andere Seite anguckt mit dem Kaltluftzufluss, der gewährleistet sein soll für die Quartiere, die südlich liegen, dann ist nicht mehr nachvollziehbar, wo diese Kaltluft überhaupt noch produziert werden soll, denn diese Fläche verringert sich ja um soundsoviel Hektar. Es wird immer gesagt, 230 ha bleiben in der Mitte frei, aber ob diese 230 ha reichen, um am Ende das gleiche Kaltluftvolumen – nicht den Strom – zu erzeugen, darüber gibt es keine Aussagen in den entsprechenden Gutachten. Ich bin an den Counter gegangen und habe mich danach erkundigt, ob ich überhaupt erst mal diesen Aufstellungsbeschluss einsehen könnte. Der war nicht vorhanden. Außer diesen Gutachten war dort nichts. Dann gab es die Veranstaltung, wo diskutiert werden konnte, auch mit Ihnen, Herr Senator Müller, das ist richtig. Aber das Mikrofon blieb dann doch auch bestimmten Leuten vorbehalten. – [Daniel Buchholz (SPD): Das ist doch Quatsch!] – Es ist unterschiedlich, aber das Mikrofon ist auch schon vorenthalten worden. Deswegen hat die Bürgerinitiative erste Hearings veranstaltet. Zwei gab es mittler-

weile, einmal über den Bebauungsplan Südbereich und einmal über den ganzen Bereich. – Das erst mal zur allgemeinen Bürgerbeteiligung.

Diese Bürgerbeteiligungsformate gehen am eigentlichen Bürger vorbei. Erst mal sind sie grundsätzlich alle nur in Deutsch. Wie jeder weiß, haben wir in diesem ganzen Umkreis des Tempelhofer Felds einen hohen Anteil von Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Mancher deutsche Teilnehmer an diesen Veranstaltungen hat schon Probleme, die sogenannten planerischen Begriffe zu verstehen. Inwieweit dadurch überhaupt ein Großteil der Bevölkerung aus den umgebenden Quartieren beteiligt ist, sei mal dahingestellt. Die sprachliche Barriere ist hoch. Des Weiteren muss man feststellen, dass wir, wenn wir Akteneinsicht genommen haben, nachher das, was wir an Einsicht gewonnen hatten, nicht verwerten konnten wegen dieser bekannten Schwierigkeiten mit dem Urheberrecht. Aber es ist auch vorgekommen, dass mir persönlich z. B. die Einsichtnahme in die Vorplanungsunterlagen untersagt wurde. Es ist mir nicht gestattet worden, und zwar nicht durch die Behörde, sondern durch die Grün Berlin als Stiftung. Ich frage mich, wie eine Stiftung, die privatrechtlicher Natur ist, mir die Einsicht in Vorplanungsunterlagen überhaupt verwehren kann. Sie ist eigentlich gar nicht diejenige, die das machen dürfte.

Was die Vorplanungsunterlagen angeht, muss man zu dem Punkt kommen, dass z. B. die artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung für sämtliche Vorhaben auf dem Tempelhofer Feld schon erteilt wurde, und zwar Anfang Januar. Es ist ein gesamtstädtisches Gebiet. Dass Planung, FNP und Masterplan für das ganze Gebiet gemacht werden, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist z. B. die Planung für Wasserbecken, Rundweg und Arrondierung, die nicht nur 3 ha beträgt, sondern in ihrer Gesamtheit über 100 ha Fläche berührt. Das heißt, der ganze Boden wird dort hochgenommen, es wird modelliert, es wird eine plane Liegewiese im mittleren Bereich geschaffen. Dann kommt dieser Rundweg, dessen Sinn ich immer noch nicht nachvollziehen kann. Es wird das gesamte Erdreich dort aufgebracht. Die Trockenrasen dort und die Glatthaferwiese werden vernichtet. Diese Frischwiese ist jene, wo der höchste Anteil an Lerchenbrutpaaren zu finden ist. Ihre Besonderheit ist, dass sie auf ganz bestimmte Bodenverhältnisse angewiesen ist, und diese befinden sich nun mal auf diesem Gebiet zwischen den zwei Landebahnen. Das ist nämlich der am wenigsten überprägte Boden auf dem ganzen Tempelhofer Feld. Das heißt, diese Frischwiese kann ich in keinem anderen Bereich in dieser Qualität wieder schaffen, auch nicht in diesem unteren Winkel, der hier jetzt weiß eingezeichnet ist. Diese Frischwiesenqualität kriege ich da nicht hin. Wenn ich als Ausgleichsmaßnahme genau diesen Winkel hier nehme, dann muss ich Ihnen sagen: Schon Anfang des Jahres 2011 war klar, dass dieses Gebiet sämtliche Kriterien erfüllt, als Naturschutzgebiet oder als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen zu werden. Das war anscheinend nicht zielführend, wie in Protokollen auch nachzulesen ist. Es hätte zumindest zu dem Zeitpunkt ein Verfahren bezüglich der Landschaftsschutzgebietsausweisung eingeleitet werden müssen. Dies ist nicht erfolgt. Hier stellt sich wirklich die Frage, auch an den Senat: Warum nicht? – Weil man die anderen Ziele schon im Visier hatte! Ich weiß nicht, wie man es bezeichnen soll, aber auch für mich ist es ganz klar eine Form von Gesetzesumgehung. Faktum ist, dass diese Ausgleichsfläche für die Frischwiesen nicht angelegt werden kann.

Dann kommen wir zu den Trockenrasen auf dem Wededamm. Man kann auch autochthone Saat nehmen. Es werden sich andere Trockenrasen dort ansiedeln, die vorher woanders vernichtet worden sind. Da kann man auch noch sagen: Gut. Dann werden Bäume gepflanzt, und dann wird diese Art *Sophora Japonica* gepflanzt. Ja, ein schöner Baum. Er sieht gut aus. Er hat nur den Nachteil, dass er zu den Schmetterlingsblütlern gehört und über Knöllchenbakterien Stickstofffixierungen macht und genau den Boden, wo sich ein Trockenrasen ansiedeln soll, der gekennzeichnet ist durch Nährstoffarmut, dann noch mit Stickstoff versorgt. Das ist fachlich nicht nachvollziehbar. In dem Eingriffs- und Ausgleichsgutachten ist die Bewertung dieser Maßnahme in einigen Bereichen völlig subjektiv, angefangen von den guten Werten für das Landschaftsbild.

Aber bei diesem Wasserbecken, das als technisches Bauwerk angeführt und so auch beantragt wurde und wofür auch die Erlaubnis der Versickerung des überschüssigen Wassers der Rigole von der Wasserbehörde erteilt wurde, muss man feststellen, dass es bei der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung in Teilen wie ein natürliches Gewässer positiv eingeordnet wird. Das kann es nicht sein, weil dieses Gewässer nie das ökologische Potenzial haben wird, das ein natürliches Gewässer hat. Dazu fehlen einige Kompartimente. Es mögen dort vielleicht Schilf und *Iris pseudacorus* angepflanzt werden. Das sind zwei Arten. Es werden andere Arten dazukommen. Es werden Wasservögel auftreten, aber es wird nie eine Gewässerfunktion haben, die im Naturhaushalt dem natürlichen Kreislauf nachkommt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Krüger!

Bezirksstadtrat Daniel Krüger (BA Tempelhof-Schöneberg): Zu den naturräumlichen Dingen werde ich hier wenig ergänzen können, aber es wurde noch mal explizit eine Frage zur Einbindung der Bezirke bzw. des Bezirkes, den ich heute hier vertrete, Tempelhof-Schöneberg, gestellt. Die Frage kann ich insofern mit Ja beantworten. Wir sehen uns in den Planungsprozess eingebunden. Sicherlich liegt, wie überall, immer der Teufel im Detail. Mit Sicherheit gibt es da mitunter verschiedene Interessenlagen, aber ich sage ganz deutlich, dass wir hier in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen haben, die auch sektoral die verschiedenen Punkte betreffen. Sie wissen, es gibt dieses Planungskonzept INSEK, das letzten Endes nicht nur allein das Tempelhofer Feld, sondern auch den umliegenden Raum berücksichtigt, wo im Endeffekt die Bezirke natürlich auch mitarbeiten. Herr Müller hatte es vorhin angesprochen, das zeigt eigentlich auch den Einfluss, den wir sicherlich auch schon in der Vergangenheit nehmen konnten, wo es um die Frage des Columbia-Quartiers ging. Es war immer auch ein Statement der Bezirke, dass gerade dieser Bereich dort aufgrund seiner Insel-lage schwer zu entwickeln wäre und man insofern die früheren Pläne an dieser Stelle auch wieder überarbeitet hat. Das ist in der Vergangenheit passiert. Wir sind im steten Austausch. Wir als Tempelhof-Schöneberger haben hier natürlich auch einen direkten Draht zur Tempelhof Projekt GmbH, weil es insbesondere beim Thema des Veranstaltungsmanagements dann auch immer wieder Schnittmengen gibt, die wir als Bezirk zu berücksichtigen haben. Dieses an der Stelle von mir. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke! – Herr Steindorf! Wollen Sie ergänzen?

Gerhard W. Steindorf (Tempelhof Projekt GmbH): Gerne! Ich versuche, der Asymmetrie der unterschiedlichen Redebeiträge gerecht zu werden und fasse mich vielleicht etwas kürzer, aber die vier Punkte, die aufgerufen sind, die uns oder mich betreffen, würde ich gerne be-

antworten. Das eine ist noch mal die Frage: Was machen wir mit dem Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung? – Das ist eine sehr umfangreiche gewesen, sechs Wochen über die normale Zeit hinaus mit Erläuterungsveranstaltungen, 450 Gästen, etwa 1 000 Besuchern. Wir haben alle Anregungen gesammelt. Das werden wir auch in FAQ veröffentlichen oder Fragen und Antworten, die dazu gegeben werden. Das werden Sie auch sehen, wenn Sie unsere Homepage angucken. Natürlich sollen die Ergebnisse bei der Durcharbeitung der Bebauungspläne Berücksichtigung finden. Wir haben noch keine richtige formale Beteiligung, wie sie der Gesetzgeber fordert. Das kommt, wenn die Bebauungspläne die erste öffentliche Auslegung erreichen, nur damit Sie darauf eine Antwort haben.

Das andere war die Frage nach Pioniernutzungen. Herr Senator hat dazu schon eine Antwort gegeben und seine Meinung gesagt. Ich kann mich dem nur anschließen. Wir haben mit allen Pionieren Verträge über eine geordnete Nutzung von Freiflächen auf dem Feld, damit es keinen Wildwuchs gibt. Die Verträge laufen alle ein Jahr, manche sind ein bisschen länger, aber sie sind limitiert. Völlig klar ist auch, dass alle Pioniere damit leben, dass sie unter Umständen, wenn der Vertrag nicht verlängert wird, auch wieder verschwinden. Das war die Bedingung. Das muss man nur noch mal deutlich machen. Die Idee ist, wenn es dann solche Pionierre gibt, bei denen man erkennt, dass sie einen Teil einer nachhaltigen und Stadtgesellschaftsentwicklung bedeuten – das merken wir ja heute auch –, dann wird schon darüber nachgedacht, dass man die künftig auch an anderen Flächen verstetigt. Im Augenblick sind sie auf den Baufeldern. Das ist vielleicht die richtige und für sie auch befriedigende Antwort.

Zu der Frage: Was machen wir mit dem Gebäude? – Da hat mir die Frage von Herrn Evers die Chance gegeben, einmal mit einer selektiven Wahrnehmung, die allgemein herrscht, das scheint eine Krankheit zu sein, aufzuräumen. Das Gebäude steht nicht leer. Wir lesen immer wieder in der Zeitung, dass das Gebäude leersteht. Das stimmt nicht. Wir hören immer wieder: Es gibt für das Gebäude keine Konzeption. Das stimmt nicht. Wir geben uns irrsinnige Mühe, es immer wieder zu kommunizieren, was mit dem Gebäude eigentlich passieren soll, aber, was ich nicht lesen und hören will, kann ich natürlich auch vermeiden. Ich will es deswegen noch mal ganz kurz sagen: Im Gebäude sind – Gott sei Dank – etwa ein Viertel der Flächen vermietet. Wir sind sehr froh. Da sind Berliner Behörden drin, aber auch andere freie Unternehmen. Wir haben 100 Mietverträge. 60 000 Quadratmeter etwa sind vermietet. Das Gebäude hat etwa auch 60 000 Quadratmeter Eventfläche, das sind die ehemaligen Hangarflächen, und diese wunderbare 245 000 Quadratmeter große betonierte Vorfeldfläche, die ideal geeignet ist, attraktiv zu sein für Unternehmen, die hier Neues und Innovatives präsentieren. Wir glauben fest daran, deswegen planen wir das auch sehr konkret mit einem ganz konkreten Businessplan: Das wird in der deutschen Hauptstadt die Präsentationsfläche für Neues sein. Sie merken es ja auch schon, es passiert eine ganze Menge.

Die anderen Flächen, über die wir jetzt noch nicht gesprochen haben, sind leerstehende Flächen, die unterschiedliche Herkunft haben, zum Teil 1938, zum Teil 1965, etwa diese Größenordnung, zum Teil auch neueren Datums. Aber alle Flächen bedürfen einer konkreten Modernisierung, weil wir sie, ohne sie anzufassen, nicht vermieten können. Zum Teil sind sie sehr stark schadstoffbelastet, und es ist gar nicht möglich, sie in dem Zustand, wie sie sind, zu vermieten.

Was soll daraus werden? – Auch die Antwort ist schon sehr lange gegeben. Wir sind der festen Überzeugung, dass es richtig ist, dass dieser Teil der freien Flächen im Gebäude in unterschiedlichen Ausbauniveaus und Mietniveaus für die kreative Welt in Berlin zur Verfügung gestellt werden soll. Wir lesen und hören es jeden Tag, dass da ein unglaublicher Hype entsteht, dass Nachfrage entsteht. Wir haben gerade vorgestern eine der wesentlichen Flächen übergeben. Das ist sozusagen das Initiatorprojekt, 2 000 Quadratmeter an eine Medienagentur in Berlin. Sie werden es auch in der Zeitung lesen können. Sie heißt Exozet und macht den Anfang und ist eigentlich der Leuchtturm für die restlichen Teile der kreativen Welt, also die digitalen Kreativen, die an diesem Standort sehr interessiert sind. Wir reden gerade mit einem Betreiber, der möglicherweise einen größeren Teil nimmt und ihn dann vermietet und selber betreiben will. Das Ganze ist eingebettet in eine Studie, die McKinsey genau für diese Start-ups und die kreative Welt erstellt hat. Das haben Sie vielleicht auch in den Zeitungen lesen können. Wir sind sehr zuversichtlich, dass es relativ schnell die nächsten Vermietungen geben wird, wenngleich natürlich die Mittel, die wir für das Gebäude brauchen, unzulänglich sind. Wir wissen auch um den Zustand des Landeshaushalts, und insofern werden wir verstärkt danach Ausschau halten müssen, wo privates Kapital herkommt und wie man privates Kapital aktivieren kann, damit das, was wir da geplant haben, vorwärts geht.

Ein Thema noch, damit Sie diese Bilanz am Ende auch haben: Wir finanzieren mit etwa 4,5 Millionen Euro Einnahmen aus Dauervermietung und etwa 4,2 Millionen Euro im vergangenen Jahr Einnahmen aus der Eventvermietung gerade mal die Leerstände und die Bewirtschaftung des Gebäudes. Das heißt, wenn es ordentlich geht, dann werden wir im nächsten Jahr den Break Even haben. Das ist eine ganz gute Botschaft, dass sich ein Drittel Leerstand durch aktives Vermieten mitfinanzieren lässt. Was wir nicht können, ist, wir können aus diesen Beträgen die Instandsetzung, die seit vielen Jahren mitgeschleppt wird, natürlich nicht auch noch leisten. Das geht nur mit Zuschüssen aus dem Landeshaushalt. Das ist auch mit dem Finanzsenator in der frühen Phase des Projektes so abgesprochen. Aber klar ist auch: Wenn die Mittel weniger werden, dauert die Instandsetzung entsprechend länger. Genau in diesem Dilemma sind wir, und das ist so ein bisschen die Antwort auf die Frage von Herrn Evers: Habt ihr genügend Mittel, um das Gebäude instandzusetzen? – Das Erste, was wir jetzt tun, ist, die Dächer zu reparieren, denn das Wichtigste, was ein Hausherr an seinem Gebäude machen kann, ist erst einmal dafür zu sorgen, dass es innen trocken ist. Wir beginnen mit den Hangarflächen, und es werden auch die weiteren Dächer irgendwann dazukommen. Wenn wir mehr Geld mit Eventvermietungen verdienen, wird es auch möglich sein, aus diesen Einnahmen dann Instandsetzungen zu finanzieren, aber in dem Umfang, wie wir Geld verdienen, und das wird heißen, es dauert relativ lange. – Ich glaube, ich habe alle Positionen angesprochen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Schönen Dank! – Wenn an Sie noch eine konkrete Frage gerichtet worden ist, dann Sie auch Sie jetzt mit der Beantwortung an der Reihe.

Christoph Schmidt (Grün Berlin GmbH): Es waren mehrere Fragen. Frau Lompscher fragte nach der Menge des Wassers und der Erforderlichkeit von Brunnen. – Zum Verständnis: Es fällt so viel Wasser an, dass man dem Grunde nach einen See von 20 Hektar Größe kreieren könnte. Das können und wollen wir nicht, erstens aus Kostengründen und zweitens aus Eingriffsgründen. Wir minimieren uns auf 3,1 Hektar. Das setzt voraus, dass wir einen Zwischenspeicher haben, und der ist schon existent. Unterhalb der Vorfeldfläche gibt es einen großen Retentionsraum, eine große Röhre mit fünf Metern Durchmesser und 150 Metern

Länge. Da wird das Wasser zwischengespeichert, und aus diesem Retentionsbereich pumpen wir das Wasser ins Wasserbecken. Das ist der Vorteil. Wir brauchen kein riesengroßes Wasserbecken, sondern nur ein kleines, müssen aber diesen Retentionsraum nutzen. Insofern ist also kein Brunnen erforderlich, höchstens zur Erstbefüllung.

Die Frage war: Landform und Bodenmaterial. Das Bodenmaterial ist in Teilen belastet, wird fraktioniert, und das, was unbedenklich eingebaut werden kann, sollte eingebaut werden. Sie kennen das Beispiel Gleisdreieck. Hier haben wir über 1 400 oder 1 500 LKW-Transporte vermieden, weil wir vor Ort recycelt und wieder eingebaut haben. Ich glaube, das ist vorbildlich und auch im Sinne der Nachhaltigkeit der richtige Weg.

Die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Landform lässt sich unter anderem auch so beantworten: Es war damals gerade der Wunsch, auch vonseiten der Naturschützer, diesen Raum zu zonieren, dass eben nicht alle über alle Flächen laufen und dass das intensive Spielen möglichst nah am Gebäude stattfindet, da, wo sowieso Events stattfinden, wo es laut ist, wo es kracht, wenn man so will. Da sollte das intensive Spiel stattfinden. Diese Landform und der Weg beschreiben zukünftig genau diese Zone, innerhalb der intensiver gespielt werden kann, ob nun Fußball, Frisbee oder Ähnliches mehr, um die anderen Bereichen davon weitestgehend unbelastet zu lassen. Das macht aus meiner Sicht Sinn.

Noch ganz kurz zurück zum alten Wasserbecken: Dieses alte Wasserbecken auf Kreuzberger Seite steht zukünftig der Anlage von Sportfeldern zur Verfügung. Auch das ist sinnvoll. Friedrichshain-Kreuzberg sucht gerade danach, solche Flächen zu bekommen. Das wäre dann eben die geeignete Fläche dafür.

Herr Evers fragte nach dem Thema Eingriff und Ausgleich. – Ich glaube, da wäre die Senatsverwaltung selbst die richtige Ansprechpartnerin. Frage auch hier nach der Erdsulptur und der Einbeziehung des Naturschutzes. Es waren der Landesbeauftragte für Naturschutz und die untere Naturschutzbehörde, die das Thema Anlage von Trockenrasenbiotopen empfohlen haben, und dem sind wir auch gefolgt.

Das Thema Information halten wir für gut, weil es einen Pavillon gibt, der mittlerweile 50 000 Gäste hatte, die sich intensiv bemüht haben, informiert zu werden. Sie werden registriert. Die Fragen werden aufgeschrieben. Ich glaube, das ist eine ganz gute Bilanz.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Dann können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1007
**Erarbeitung eines Nutzungs- und
Entwicklungskonzepts für den Friedrich-Ludwig-
Jahn-Sportpark**

[0112](#)
StadtUm
Sport(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.